

Konsortium Bildungsberichterstattung

Bildung in Deutschland

Ein indikatorengestützter Bericht
mit einer Analyse zu Bildung und Migration



Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister
der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und
des Bundesministeriums für Bildung und Forschung



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



2006

Konsortium Bildungsberichterstattung

Bildung in Deutschland

Ein indikatorengestützter Bericht
mit einer Analyse zu Bildung und Migration

- Zusammenstellung wesentlicher Ergebnisse des Berichts -

Frankfurt am Main, 2. Juni 2006

Mit dem Bericht „Bildung in Deutschland“ liegt erstmals eine umfassende empirische Bestandsaufnahme vor, die das deutsche Bildungswesen als Ganzes beschreibt. Der Band informiert über Rahmenbedingungen, Verlaufsmerkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen. Er analysiert das gesamte institutionelle Gefüge des Bildungswesens von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung über das allgemein bildende Schulwesen, die berufliche Ausbildung und die Hochschulbildung bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenalter. Der Bericht wurde gemeinsam von der Kultusministerkonferenz und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung in Auftrag gegeben. Erarbeitet wurde er von einem Konsortium, dem das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), das Deutsche Jugendinstitut (DJI), das Hochschul-Informationssystem (HIS), das Soziologische Forschungsinstitut an der Universität Göttingen (SOFI) sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder angehören; die Federführung lag beim DIPF.

Als datengestützte problemorientierte Analyse des deutschen Bildungswesens verzichtet der Bericht auf Wertungen und Empfehlungen. Seine Besonderheit liegt darin, dass er sich im Wesentlichen auf ausgewählte Indikatoren stützt, d.h. auf statistische Kennziffern, die jeweils für ein zentrales Merkmal von Bildungsprozessen bzw. einen zentralen Aspekt von Bildungsqualität stehen. Diese Indikatoren werden aus amtlichen Daten und repräsentativen sozialwissenschaftlichen Erhebungen ermittelt und, soweit möglich, im Verlauf der letzten Jahre und Jahrzehnte, auch international vergleichend und aufgeschlüsselt nach Bundesländern, dargestellt. Mit diesem Anspruch an die Qualität und Aussagekraft des Datenmaterials werden allerdings zugleich auch die Grenzen des Bildungsberichts deutlich. Aktuelle Probleme der Bildungsentwicklung kann er nur insoweit berücksichtigen, als gesicherte Daten vorliegen.

Der Band steht am Anfang einer auf Dauer angelegten Berichterstattung, die künftig auf der Basis der amtlichen Statistik sowie ergänzender bundesweit repräsentativer Survey- und Paneldaten im Abstand von jeweils zwei Jahren steuerungsrelevante Informationen zu den verschiedenen Bereichen des Bildungswesens liefern soll. Die Berichte werden einen gleich bleibenden Satz von Kernindikatoren präsentieren, um die Konstanz der Berichterstattung und auf diese Weise einen Vergleich im Zeitverlauf zu gewährleisten. Aus dieser Fortschreibbarkeit gewinnt die Berichterstattung ihre spezifische Informationskraft; darüber hinaus sollen die künftigen Berichte weitere Indikatoren zu wechselnden Themen enthalten. Die Interpretation der Zahlen ermöglicht es, die Entwicklung des Bildungswesens zu verstehen, Stärken und Schwächen zu identifizieren, die Leistungsfähigkeit von Systemen inter- wie intranational zu vergleichen und somit politischen Handlungsbedarf zu identifizieren.

Bibliographische Angaben:

Bildung in Deutschland

Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration

Herausgeber: Konsortium Bildungsberichterstattung

im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik

Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2006, 327 Seiten, 29,90 Euro

ISBN 3-7639-3535-5, Best.-Nr. 60.01.820

zu beziehen über www.wbv.de, service@wbv.de,

Tel. 0521/91101-11, Fax 0521/91101-19, sowie über den Buchhandel

Verantwortliche Autoren:

Prof. Dr. Hermann Avenarius (DIPF), Sprecher des Konsortiums

Prof. Dr. Martin Baethge (SOFI), stellvertretender Sprecher des Konsortiums

Dr. habil. Hans Döbert (DIPF), Koordinator des Konsortiums

Heinz Hetmeier (Statistisches Bundesamt)

Prof. Dr. Eckhard Klieme (DIPF)

Dr. Gisela Meister-Scheufelen (Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg)

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach (DJI), stellvertretender Sprecher des Konsortiums

Prof. Dr. Andrä Wolter (HIS)

unter Mitarbeit von:

Dr. Christian Kerst (HIS)

Stefan Kühne (DIPF)

Melanie Leidel (Statistisches Bundesamt)

Dr. Hans Rudolf Leu (DJI)

Dr. Christian Peucker (DJI)

Dr. Heinz-Jürgen Stolz (DJI)

Prof. Dr. Manfred Weiß (DIPF)

Markus Wieck (SOFI)

Dr. Rainer Wolf (Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg)

Kontaktadresse:

Stefan Kühne, DIPF Berlin

kuehne@bbf.dipf.de

Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik
Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Kapitel A: Bildung im Spannungsfeld veränderter Rahmenbedingungen

Rückläufige demografische Entwicklung

Vor allem die steigende Lebenserwartung in Verbindung mit dem anhaltend niedrigen Geburtenniveau verlangt dem Bildungssystem große Anpassungsleistungen ab. Die Gruppe der unter 20-Jährigen wird im Jahr 2030 voraussichtlich nur noch 17% der Bevölkerung ausmachen. Im Schulbereich zeigt sich bereits heute die damit verbundene Schwierigkeit, die Bildungsinfrastruktur wohnortnah zu erhalten. Zudem werden institutionelle Vorkehrungen für lebenslanges Lernen wichtig, um Bildungsreserven aller Altersgruppen besser auszuschöpfen und die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern.

Sich verschärfende Engpasssituation der öffentlichen Haushalte

Der Ressourcenbedarf im Bildungsbereich muss aus öffentlichen Haushalten finanziert werden, die auch steigende Anforderungen aus anderen Bereichen zu verkraften haben. Schon jetzt beansprucht die soziale Sicherung einen sechsfach höheren Ausgabenanteil als Bildung (vgl. Abb. A-3-1). Die Flexibilität der für die öffentliche Bildungsfinanzierung besonders wichtigen Länderhaushalte wird darüber hinaus zunehmend durch Pensionszahlungen eingeschränkt, die von 2003 bis 2030 um 70% zunehmen werden.

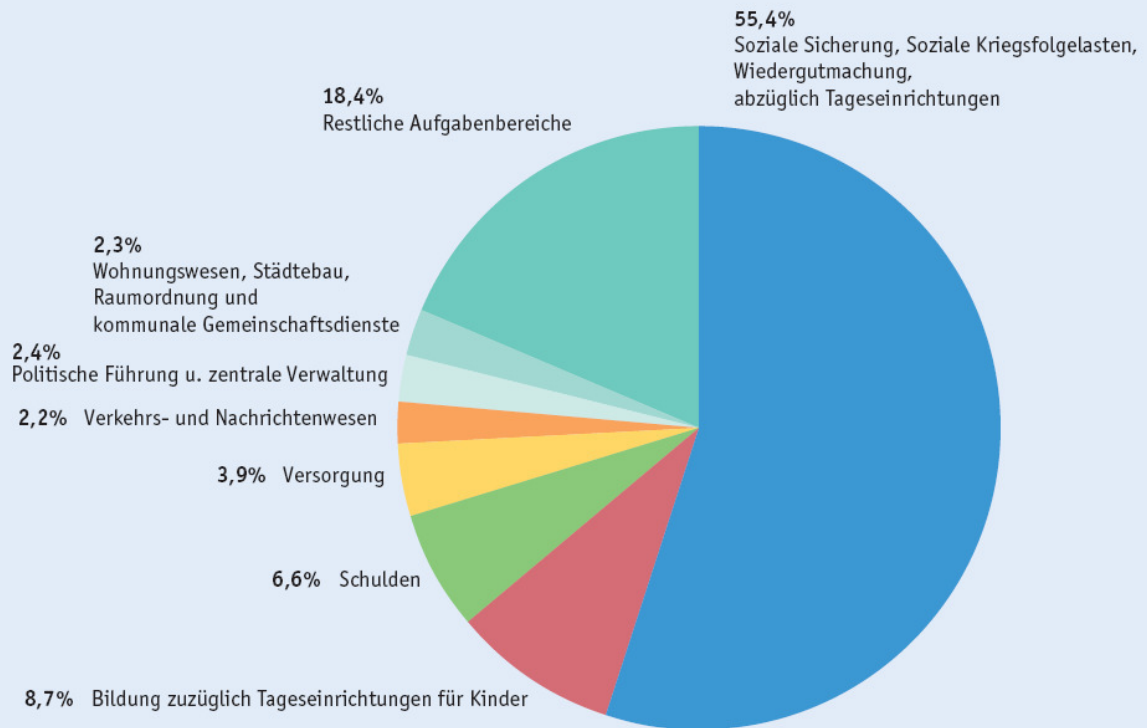
Strukturwandel zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft

Dieser Wandel prägt auch in Deutschland die Erwerbsstruktur: Im Jahr 2004 beschäftigte der Dienstleistungssektor 71% der Erwerbstätigen. Fast die Hälfte von ihnen ist in Wissens- und Informationsberufen tätig oder übt personenbezogene Dienstleistungstätigkeiten aus. Neue Kompetenzprofile haben dadurch einen Bedeutungszuwachs erfahren ebenso wie durch die weiter zunehmende Internationalisierung der Arbeitsmärkte. Zu deren Entwicklung muss das Bildungswesen in allen Bereichen kognitive und motivationale Voraussetzungen schaffen.

Pluralisierung von Lebensformen

Das Bildungssystem steht darüber hinaus vor der Aufgabe, mit seiner Angebotsstruktur, z.B. dem Ausbau von Ganztagsangeboten, auf die veränderten Familien- und Lebensformen sowie die steigende (Teilzeit-) Erwerbstätigkeit von Müttern zu reagieren.

Abb. A3-1: Struktur des öffentlichen Gesamthaushalts 2003 (in %)



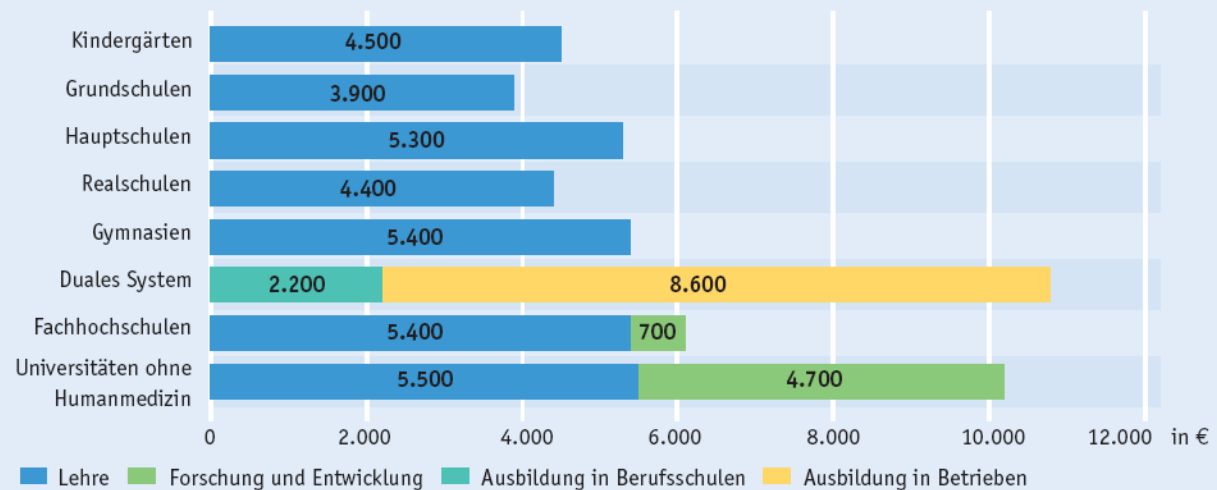
Quelle: Statistisches Bundesamt

Kapitel B: Grundinformationen zu Bildung in Deutschland

Anteil der Bildungsausgaben am BIP ist rückläufig

Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP ist seit Jahren rückläufig. Gemessen an der Wirtschaftsleistung wendet Deutschland nach den von der OECD für 2002 vorgelegten Daten bei einem BIP-Anteil von 5,3% weniger für Bildungseinrichtungen auf als andere OECD-Mitgliedstaaten (OECD-Mittel: 5,7%). Je Bildungsteilnehmer sind die Ausgaben jedoch annähernd so hoch wie im OECD-Durchschnitt. Die einzelnen Bildungsbereiche werden sowohl im Vergleich mit anderen OECD-Staaten als auch im Ländervergleich sehr unterschiedlich mit Mitteln ausgestattet. Auffallend ist, dass die jährlichen Ausgaben je Auszubildenden im Rahmen der dualen Ausbildung 2003 mit 10.800 Euro fast doppelt so hoch waren wie die Ausgaben der Universitäten (ohne Humanmedizin) für die Lehre je Studierenden (5.500 Euro).

Abb. B1-3: Ausgaben je Bildungsteilnehmerin und Bildungsteilnehmer in ausgewählten Bildungseinrichtungen 2003 (in Euro)



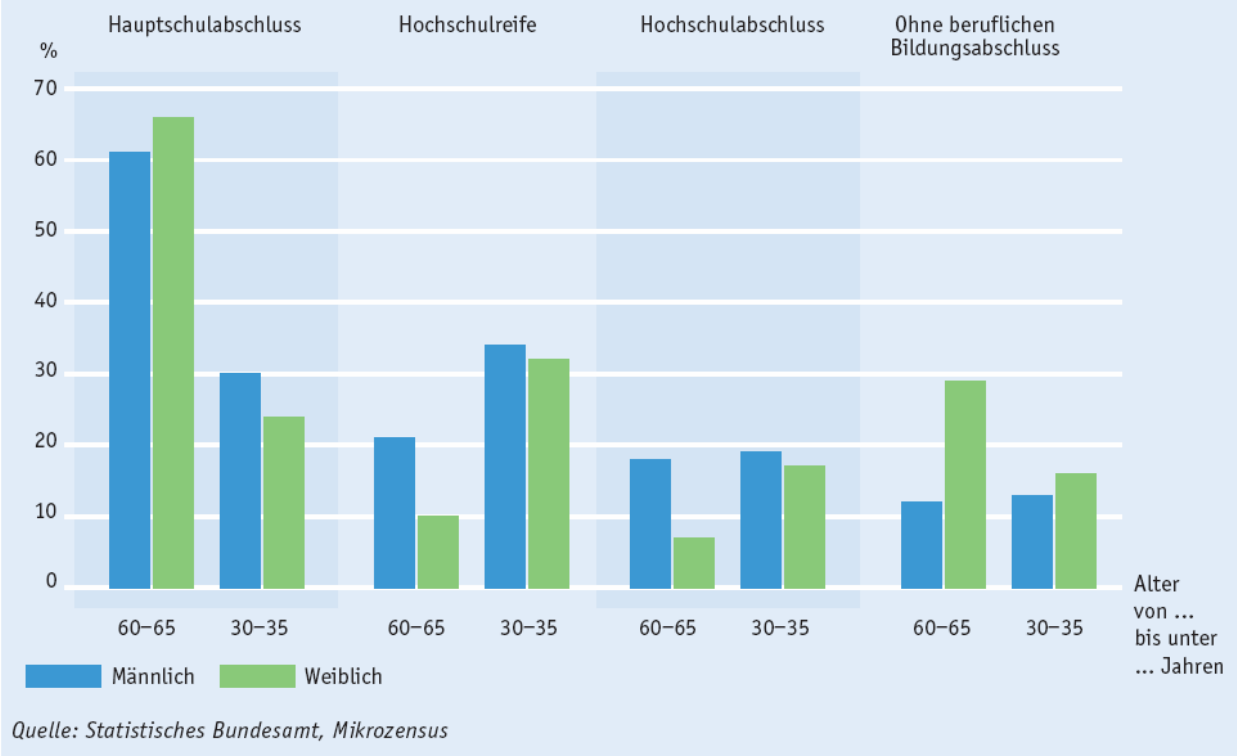
Quelle: Statistisches Bundesamt

Starker Anstieg des Bildungsstandes der Bevölkerung

Wie die Bildungsbeteiligung ist auch der an den Abschlüssen gemessene Bildungsstand der Bevölkerung während der letzten Jahrzehnte gestiegen: deutlich beim Realschulabschluss und bei der Hochschulreife, weniger deutlich bei den Hochschulabschlüssen. Vergleicht man die Gruppe der 60- bis unter 65-Jährigen mit der Gruppe der 30- bis unter 35-Jährigen, so haben die Jüngeren (32,9%) doppelt so häufig die Hochschulreife erworben wie die 60 bis unter 65-Jährigen (15,5%). Demgegenüber hat der Hauptschulabschluss an Bedeutung verloren. Hervorzuheben sind die verstärkten Bildungsanstrengungen der Frauen mit der Folge, dass sich ihr Bildungsniveau dem der Männer angeglichen hat, teilweise sogar höher ist. Unterschiede im Bildungsstand zwischen Ost- und Westdeutschland sind bis heute unverkennbar: ein größerer Anteil der Bevölkerung mit beruflichem Abschluss in den neuen, ein größerer Anteil mit Hochschulreife in den alten Ländern. Die Quote der Personen, die keine berufliche Ausbildung abgeschlossen haben, ist weiterhin hoch. 2004 hatten bei den 30 bis unter

35-Jährigen 14,5% der Männer und 17,3% der Frauen keinen beruflichen Bildungsabschluss.

Abb. B3-2: Männliche und weibliche Bevölkerung 2004 nach Altersgruppen und ausgewählten Bildungsabschlüssen (in %)



Kapitel C: Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Hohe Versorgungsquoten für Kinder im Alter ab drei Jahren bis zum Schuleintritt, enorme Unterschiede zwischen Ost und West im Krippenalter

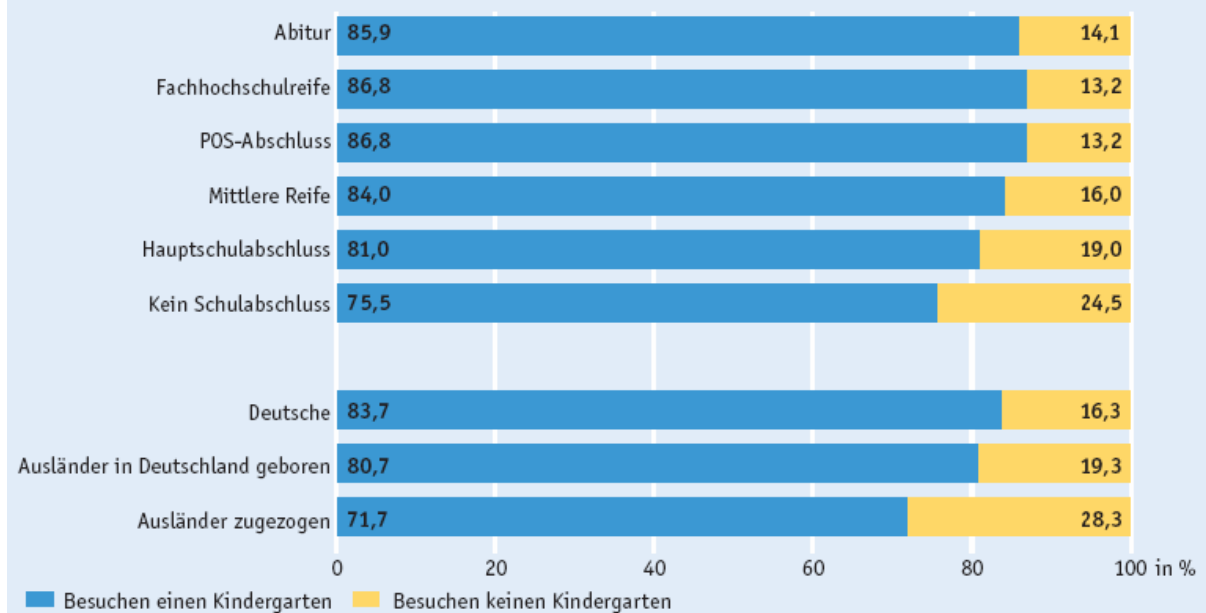
Die Zahl der Kindergartenplätze ist in Westdeutschland vor allem auf Grund des Mitte der 1990er Jahre eingeräumten Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz erheblich gestiegen und entspricht heute für Kinder zwischen 3 und 6,5 Jahren in ganz Deutschland annähernd einer Vollversorgung zumindest mit Halbtagsplätzen. Enorme Unterschiede vor allem zwischen West- und Ostdeutschland gibt es allerdings noch bei der Versorgung mit Ganztagesplätzen mit Mittagessen. Ihr Anteil an allen Kindergartenplätzen betrug 2002 in den östlichen Flächenländern¹ 98%, in den westlichen Flächenländern 24%. Noch größer sind die Unterschiede bei der Versorgung mit Plätzen für unter Dreijährige. Während 2004 in den östlichen Flächenländern für 37% der Kinder in diesem Alter Plätze zur Verfügung standen, lag die entsprechende Versorgungsquote im Westen bei weniger als 3%.

Der Kindergarten – ein breit genutztes Angebot

Der Kindergarten ist zu einem Teil der normalen Bildungsbiographie von Kindern geworden, der in Deutschland insgesamt von rund 90% der Kinder im Alter von vier Jahren bis zum Schuleintritt in Anspruch genommen wird. Erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West gibt es aber beim Eintrittsalter. In den östlichen Flächenländern besuchen bereits 44% der Ein- bis Zweijährigen, 72% der Zwei- bis Dreijährigen und 83% der Drei- bis Vierjährigen eine Kindertageseinrichtungen, in den westlichen Flächenländern betragen die entsprechenden Werte 5%, 18% und 69%. Erst ab vier Jahren liegt die Inanspruchnahme in Ost und West mit 88% bzw. 87% gleichauf. Eine Rolle bei der Inanspruchnahme spielt auch die soziale Herkunft. Bei insgesamt hoher Nutzung besuchen Kinder von Eltern mit niedrigem Bildungsabschluss sowie zugezogene ausländische Kinder den Kindergarten seltener (Abb. C2-3). Anreize zu schaffen, um auch diese Kinder möglichst früh und umfassend für frühpädagogische Angebote zu gewinnen, ist dementsprechend eine wichtige Herausforderung.

¹ Die Bezeichnung östliche und westliche Flächenländer umfasst alle Länder außer den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen.

Abb. C2-3: Inanspruchnahme des Kindergartens ab dem Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt 2004 nach Schulbildung der Bezugsperson und Staatsangehörigkeit des Kindes (in %)

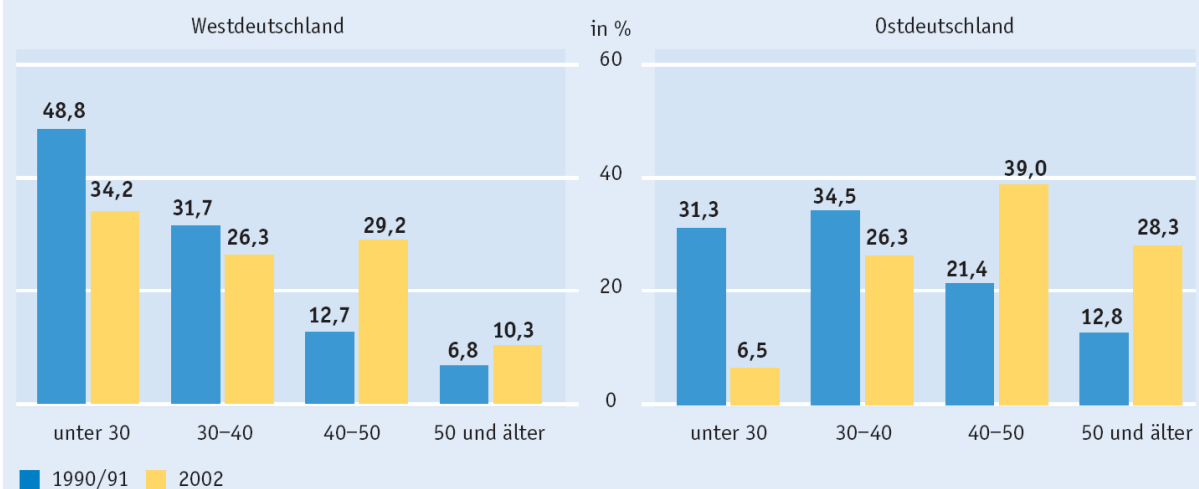


Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

Mehr als die Hälfte des pädagogischen Personals arbeitet in Teilzeit und besteht zu einem wachsenden Anteil aus älteren Fachkräften

Der Anteil teilzeitbeschäftigter Personen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. 2002 lag er in Ostdeutschland bei 80%, in Westdeutschland bei 49%. Gestiegen ist auch die Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse. Man muss davon ausgehen, dass ein hohes Maß an Teilzeitbeschäftigung und Personalfluktuation nicht ohne Auswirkungen auf die pädagogische Qualität der Arbeit bleiben. Seit der Wiedervereinigung ebenfalls erheblich zugenommen hat in beiden Teilen Deutschlands der Anteil älterer Fachkräfte, besonders stark im Osten, wo vor allem jüngere Kräfte von dem durch den Geburtenrückgang bedingten Platz- und Personalabbau betroffen waren (Abb. C3-2). In Ostdeutschland wird aufgrund dieser Altersstruktur in den kommenden Jahren erstmals wieder ein Personalbedarf entstehen. Zum überwiegenden Teil rekrutiert sich das Personal aus Erzieherinnen, die an Fachschulen ausgebildet sind. Im Vergleich zum Personal in anderen Bildungseinrichtungen fällt der geringe Anteil von Personen mit einer Hochschulausbildung auf. Er liegt für Deutschland insgesamt bei 2%.

Abb. C3-2: Pädagogisches Personal in West- und Ostdeutschland* 1990/91 und 2002 nach Altersgruppen (in %)



*Westdeutschland: mit Berlin, 1990 ohne Berlin-Ost; Ostdeutschland: ohne Berlin, 1991 mit Berlin-Ost
 Quelle: Statistisches Bundesamt, Kinder- und Jugendhilfestatistik, eigene Berechnungen

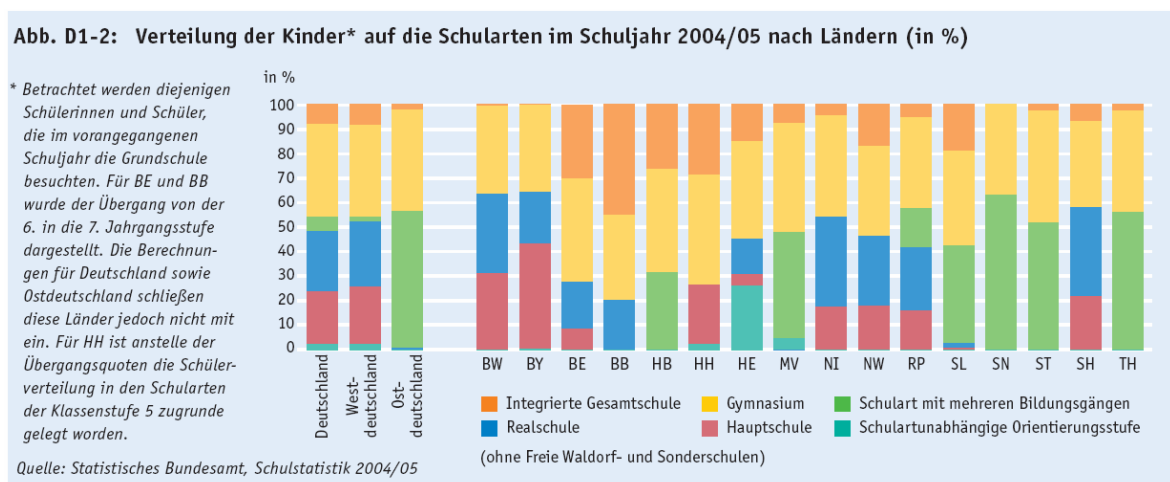
Zunehmende Flexibilisierung des Übergangs in die Schule

Früher wurden Kinder in allen Ländern vom sechsten Lebensjahr an schulpflichtig. Vorzeitige Einschulungen waren die Ausnahme, Rückstellungen vergleichsweise häufiger. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren umgekehrt und führte 2002 erstmals zu einer im Vergleich zu den Rückstellungen höheren Zahl an vorzeitigen Einschulungen. Allerdings ist nur ein kleiner Teil der Kinder davon betroffen. Zu 85% erfolgen die Einschulungen fristgemäß. In den Ländern gibt es aber unterschiedliche Formen neuer Schuleingangsstufen mit dem Ziel, den Übergang in die Schule zunehmend flexibler zu gestalten mit der Tendenz, die Schulpflicht vorzuverlegen.

Kapitel D: Allgemein bildende Schule und non-formale Lernwelten im Schulalter

Vielfalt an Übergängen im deutschen Schulwesen und damit verbundene soziale Ungleichheiten

Die Bildungsbiographien von Kindern und Jugendlichen in Deutschland sind durch eine Vielzahl an Übergängen gekennzeichnet. Diese Übergänge treten an Schnittstellen des deutschen Bildungswesens auf; sie beginnen meistens bereits nach der 4. Klasse und stellen oftmals „Richtungsentscheidungen“ dar. Die Vielfalt der Übergänge ist in erster Linie auf die Vielgestaltigkeit des Sekundarbereichs I in den Schulsystemen der Länder zurückzuführen, da je nach Land zwischen zwei und fünf Schularten angeboten werden. Die Unterschiede zwischen den Ländern beim Besuch der jeweiligen Schularten sind zum Teil erheblich (Abb. D1-2).

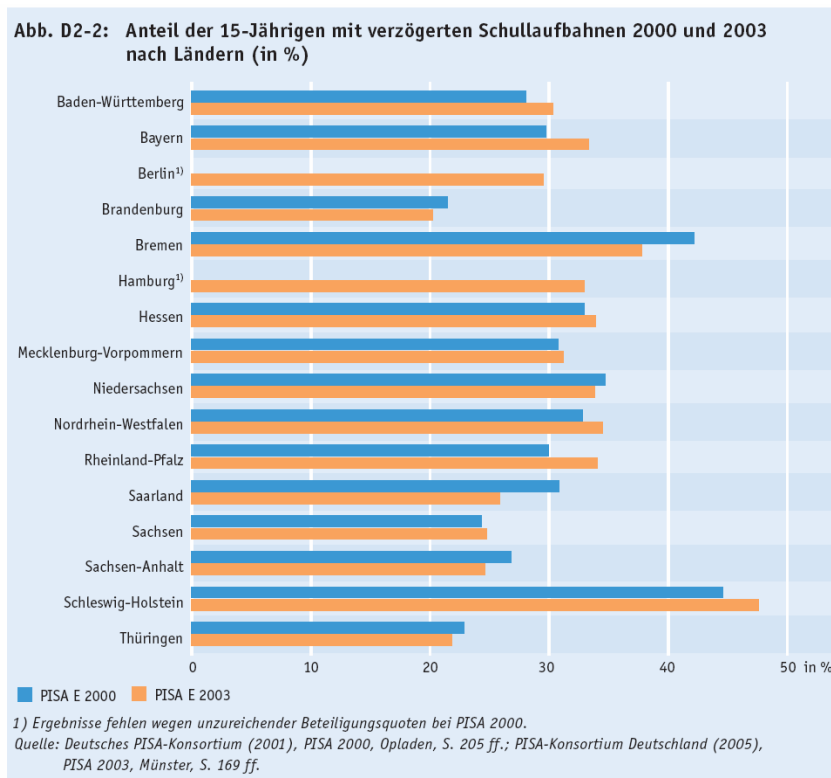


Die frühzeitige Wahl einer bestimmten Schulart geht zwar mit einer gewissen Durchlässigkeit des Schulsystems einher und ist damit nachträglich korrigierbar. Die Durchlässigkeit im deutschen Schulwesen ist jedoch überwiegend „abwärts“, von höher qualifizierenden Schularten auf weniger hoch qualifizierende, gerichtet. Während in den neuen Ländern auf jeden Abwärtswechsel noch ein Aufwärtswechsel in eine höher qualifizierende Schulart kommt, ist das Verhältnis von Ab- und Aufstiegen in den alten Ländern fast 4:1. Bei den Übergängen sind Schüler aus unteren sozialen Schichten, vor allem solche mit Migrationshintergrund benachteiligt. Sie haben es nicht nur schwerer, auf höher qualifizierende Schularten zu kommen, sondern sich auch dort zu halten.

Trotz Zunahme der Anzahl integrativ in den Schulen geförderter Schüler ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die an eine Sonderschule (Förderschule) übergehen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Inzwischen wird für jeden zwanzigsten Schüler sonderpädagogischer Förderbedarf realisiert. Vor allem für Kinder aus bildungsferneren Schichten gibt es ein erhöhtes Risiko eines Sonderschulbesuchs. Insgesamt gehen mehr als fünfmal so viele Schüler aus Regelschulen in Sonderschulen über als von dort zurückkehren; dabei ist jedoch zu beachten, dass wegen der Art des sonderpädagogischen Förderbedarfs eine Rückkehr in Regelschulen nicht immer möglich ist.

Hoher Anteil an verzögerten Schullaufbahnen und Klassenwiederholungen

Trotz seines gegliederten, auf Leistungshomogenisierung der Lerngruppen zielenden Schulwesens beenden – je nach Land – zwischen 20% und 45% der deutschen Schülerinnen und Schüler die Schullaufbahn aufgrund von Spätereinschulung und/oder Klassenwiederholung mit Verzögerungen (Abb. D2-2).



In einigen Ländern ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, die eine verzögerte Schullaufbahn aufweisen, doppelt so hoch wie der von Kindern ohne Migrationshintergrund. Abgesehen von der langen Verweildauer im Schulwesen und den dadurch verursachten Kosten werden die Zweifel am Nutzen des Wiederholens dadurch verstärkt, dass Wiederholer im Allgemeinen signifikante Leistungs Nachteile gegenüber denjenigen haben, die sich nach einem regulären Durchlauf in derselben Jahrgangsstufe befinden.

Deutliche Zunahme des Ganztagschulangebots

In den letzten Jahren wurden die ganztägigen Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder im Schulalter stark ausgebaut. Allein zwischen 2002 und 2004 ist die Zahl schulischer Ganztagsangebote um 38% gestiegen. Inzwischen hat fast ein Viertel aller Schulen Ganztagsangebote. Bis auf die Integrierten Gesamtschulen und die Sonderschulen, an denen vor allem das „voll gebundene“ Ganztagschulmodell, bei dem alle Kinder zur Teilnahme verpflichtet sind, üblich ist, überwiegt der „offene“ Ganztagsbetrieb, bei dem Kinder auf Wunsch teilnehmen. Offene Ganztagsgrundschulen realisieren viele Angebote in Kooperation mit Horten.

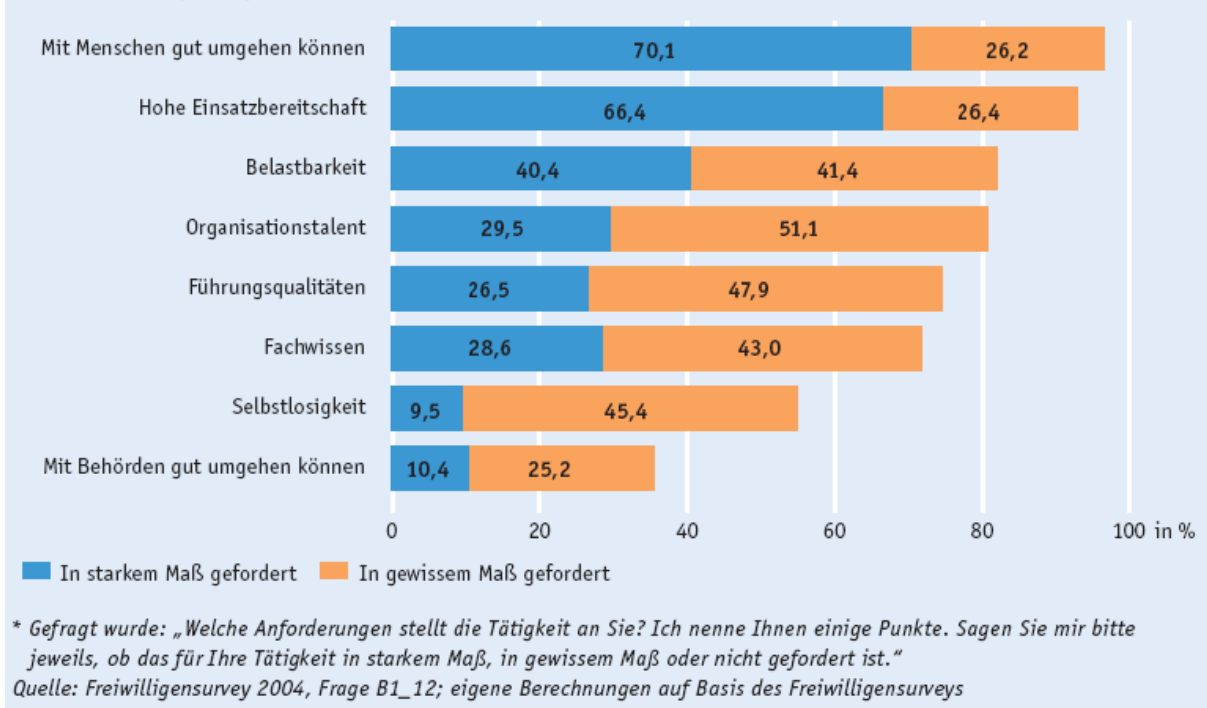
Erwerb von Computerkenntnissen und Nutzung von Computern findet vor allem außerhalb der Schule statt

In Deutschland erlernen und praktizieren Kinder und Jugendliche den Umgang mit Computer und Internet überwiegend außerhalb der Schule. Während im OECD-Durchschnitt 26% aller Schüler angeben, ihre Computerkenntnisse primär der Schule zu verdanken, sind es in Deutschland nur etwa halb so viele. Dementsprechend stark hängen Computernutzung und -kenntnisse vom familiären Hintergrund ab. Zwar geben mit 22% relativ viele Schülerinnen und Schüler mit geringem Sozialstatus die Schule als den für sie in diesem Bereich wichtigsten Lernort an, allerdings verfügen diese Jugendlichen über die vergleichsweise geringsten Computerkenntnisse.

Beim freiwilligen Engagement werden stärker alltagspraktische Fähigkeiten als spezifisches Wissen gefordert und gefördert.

Beim freiwilligen Engagement bietet sich Jugendlichen die Gelegenheit, Kompetenzen durch informelle Lernprozesse zu erwerben oder weiterzuentwickeln. Vor allem in den Bereichen Sport/Bewegung, Schule/Kindergarten und Kirche/Religion übernehmen Jugendliche häufig soziale Verantwortung und bringen sich über die reine Teilnahme an Gemeinschaftsaktivitäten hinaus auch bei organisationsbezogenen Funktionen und Verantwortlichkeiten (z. B. durch ehrenamtliche Trainerarbeit) ein. Die Jugendlichen nehmen dabei wahr, dass vor allem der Umgang mit Menschen, eine hohe Einsatzbereitschaft und Belastbarkeit gefordert sind. Fachliches Wissen spielt demgegenüber eine eher nachrangige Rolle (Abb. D5-2). Bemerkenswert ist, dass sich auch in diesem wichtigen informellen Lernfeld herkunftsbedingte Bildungsbenachteiligungen fortsetzen. Es sind überwiegend Schülerinnen und Schüler aus den höher qualifizierenden Schularten, die sich freiwillig engagieren. Die in der Regel aus sozial benachteiligten Familien stammenden Hauptschüler sowie Gesamt- und Sonderschüler sind dagegen auch in diese außerschulischen Lernkontexte deutlich seltener eingebunden.

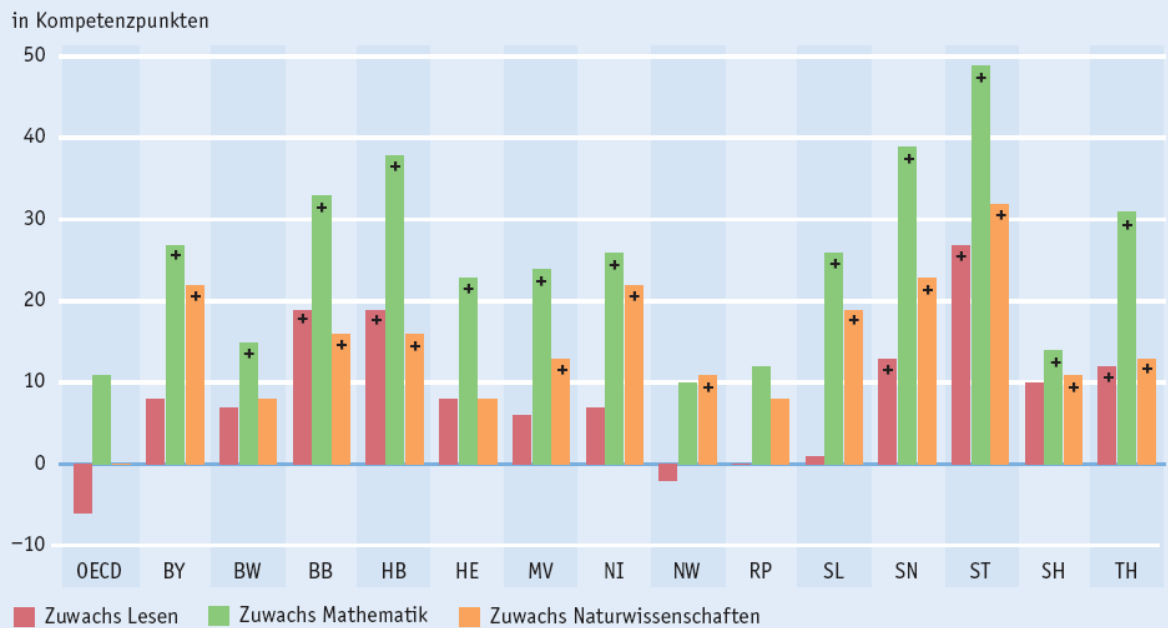
Abb. D5-2: Tätigkeitsanforderungen nach Selbsteinschätzung bei 14- bis 19-Jährigen 2004 (in %)*



Leichte Zuwächse bei kognitiven Kompetenzen zwischen PISA 2000 und PISA 2003

Was Kompetenzstand und -entwicklung deutscher Schülerinnen und Schüler anbelangt, sind zwischen 2000 und 2003 in den meisten Ländern leichte Kompetenzzuwächse zu verzeichnen (Abb. D6-2), allerdings nur für einige Teilkompetenzen und in den ohnehin leistungsstarken Schularten. Im internationalen Vergleich wird deutlich, dass die Probleme Deutschlands vor allem im unteren Leistungsbereich liegen, da die Kompetenz der 10% leistungsschwächsten Schüler weit unterhalb dessen bleibt, was schwache Schüler in anderen Staaten erreichen. Die Spitzengruppe der 10% Leistungstärksten in Deutschland hingegen liegt im oberen Mittelfeld aller Staaten. Deutschland gehört nach wie vor zu den Staaten mit besonders enger Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Schulleistung, wobei sich von Land zu Land durchaus unterschiedliche soziale Gradienten finden: In Bremen fallen die Schülerleistungen bei starker Abhängigkeit vom Sozialstatus am schlechtesten aus. In Bayern gelingt dagegen die Sicherung eines hohen mittleren Niveaus bei relativ schwacher Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Lesekompetenz.

Abb. D6-2: Veränderungen der Leistungsergebnisse zwischen 2000 und 2003 nach Kompetenzbereichen und Ländern sowie auf OECD-Ebene* (in Kompetenzpunkten)



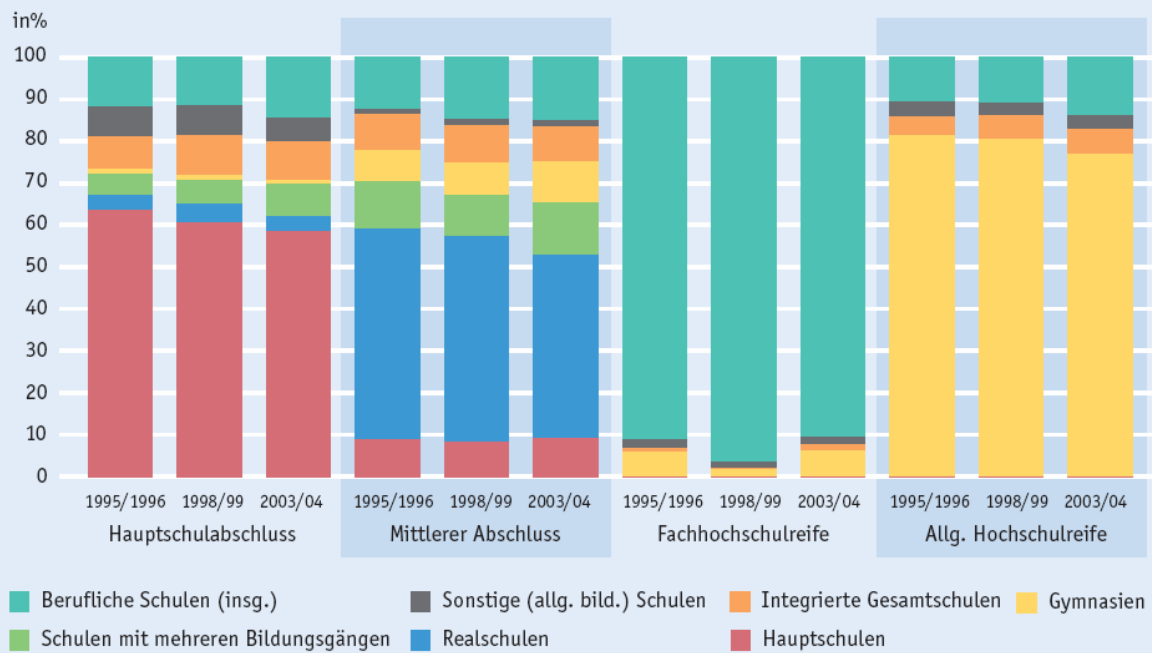
*Signifikante Zuwächse sind mit „+“ gekennzeichnet. Angaben für BE und HH fehlen wegen unzureichender Beteiligungsquoten bei PISA 2000. Der Zuwachs Mathematik bezieht sich auf die Teildimension „Veränderung und Beziehungen“.
 Quelle: PISA-Konsortium Deutschland (2005), a.a.O., insbesondere S. 378

Deutliche Unterschiede nach Geschlecht und Herkunft bei den Schulabschlüssen sowie zunehmende Entkopplung von Schulart und Schulabschluss

Weibliche Absolventen erreichen zum einen höherwertigere Abschlüsse als männliche Schulabgänger, zum anderen ist der Anteil der Mädchen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, mit ca. 6% der alterstypischen Bevölkerung nur etwa halb so groß wie der der Jungen. Insgesamt verlassen doppelt so viele ausländische Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss wie deutsche. Bei den ausländischen Jungen ist dieser Anteil mit 20% eines Altersjahrgangs besonders groß.

Schulabschlüsse sind nicht mehr an eine bestimmte Schulart gebunden, sondern können auf vielfältigen Wegen erworben werden. Insbesondere die steigende Zahl der im beruflichen Ausbildungssystem erworbenen allgemein bildenden Schulabschlüsse ist ein deutlicher Beleg für die zunehmende Entkopplung von Schulart und Schulabschluss (Abb. D7-3).

Abb. D7-3: Abschlüsse im allgemein bildenden und beruflichen Bildungssystem nach Abschlussarten, Bildungsgängen und Abgangsjahren (in % der erreichten Abschlüsse)



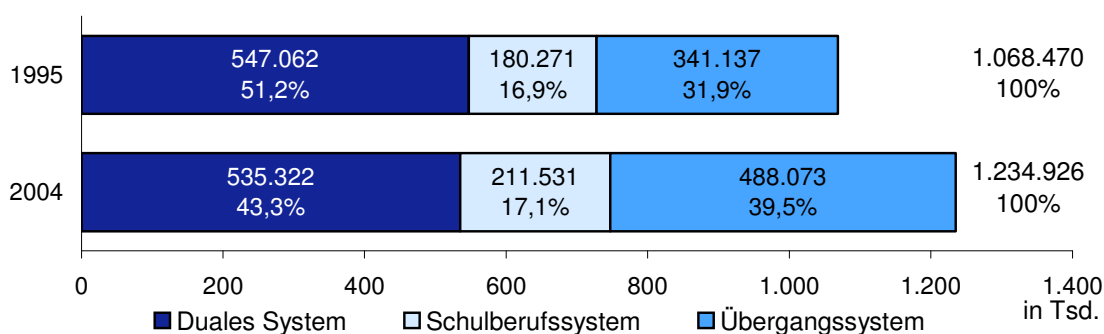
Quelle: Statistisches Bundesamt, Schulstatistik 1996/97, 1999/00, 2004/05

Kapitel E: Berufliche Ausbildung

Steigende Unsicherheiten für Jugendliche beim Übergang in eine qualifizierte Berufsausbildung

Die Neuzugänge zur beruflichen Bildung steigen zwischen 1995 und 2004 um etwa ein Siebtel auf 1,24 Mill. Jugendliche. Diese verteilen sich sehr ungleich auf die drei Teilsysteme der beruflichen Ausbildung (Duale Ausbildung; Schulberufssystem; Übergangssystem). Zwischen 1995 und 2004 sinkt der Anteil der Ausbildungsverhältnisse im dualen System um acht Prozentpunkte, während der Anteil im Übergangssystem um etwa die gleiche Größenordnung zunimmt und der des Schulberufssystems stagniert. Die Strukturverschiebungen zwischen den drei Teilsystemen im letzten Jahrzehnt signalisieren die zunehmenden Schwierigkeiten, mit denen Jugendliche im Übergang von Schule in Ausbildung oder Beschäftigung konfrontiert sind. Denn die Angebote des Übergangssystems sind dadurch charakterisiert, dass sie zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern im besten Fall zur Verbesserung der individuellen Kompetenzen für die Aufnahme einer Ausbildung. Die Zahl der Jugendlichen in diesem Segment steigt in den letzten zehn Jahren um 147.000 auf knapp eine halbe Million, d.h. um 43 %. Über die tatsächlichen Effekte des Übergangssystems – wieweit es zu qualifizierter Ausbildung hinführt oder wieweit es eher den Charakter einer Warteschleife hat – ist wenig bekannt.

Abb. E1-1 (Auszug): Verteilung der Neuzugänge* auf berufliche Bildungsteilsysteme 1995 und 2004**



* Teilweise 1. Schuljahr; Maßnahmen der BA sind Bestandszahlen zum 31.12.

** Ohne Schulen des Gesundheitswesens in Hessen

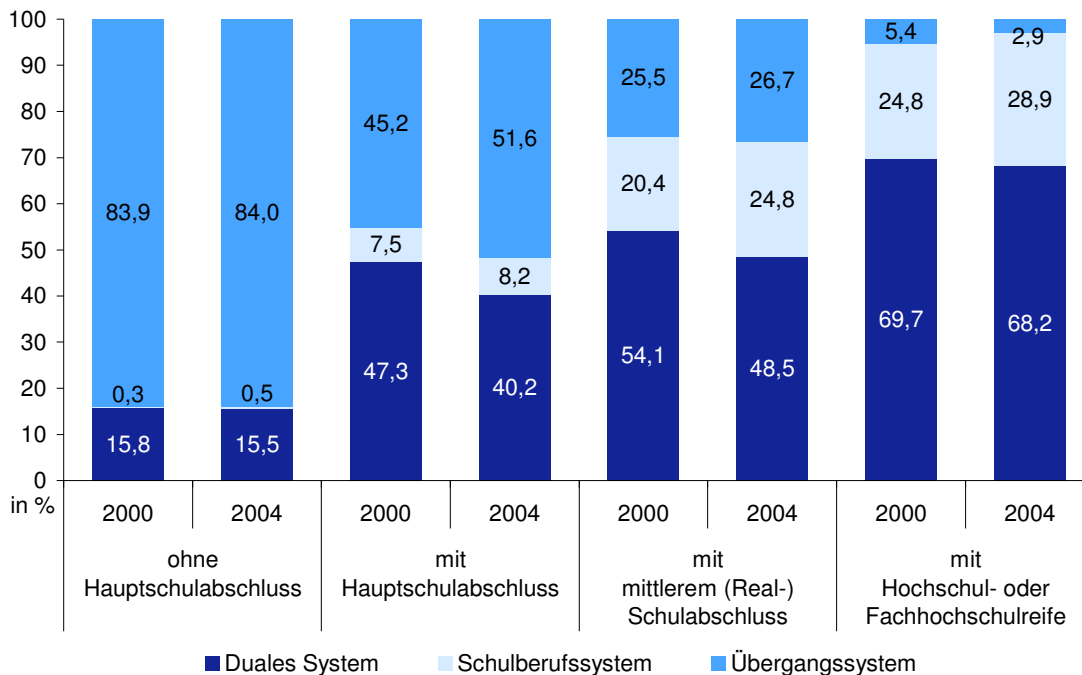
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Fortschreitende Entwertung des Hauptschulabschlusses

In dem kurzen Zeitraum von 2000 bis 2004 verringert sich unter den Neuzugängen zur Berufsausbildung mit Hauptschulabschluss der Anteil, der im dualen System einen Ausbildungsplatz im dualen System erreicht, von 47 % auf 40 % und wächst umgekehrt der Anteil, der im Übergangssystem einmündet, von 45 % auf ca. 52 %. Jeder zweite Neuzugang mit Hauptschulabschluss und auch jeder vierte mit Realschulabschluss mündet zunächst in einer schulischen oder berufsvorbereitenden Maßnahme. Für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss bleibt kaum noch eine Chance auf einen Ausbildungsplatz – nur 16 % erreichen einen. Damit wird eine der traditionell großen

Stärken des dualen Systems in Frage gestellt, Kinder aus bildungsschwächeren Gruppen durch Ausbildung beruflich integrieren zu können.

Abb. E1-3: Verteilung der Neuzugänge* nach schulischer Vorbildung auf die drei Sektoren des Berufsbildungssystems*** 2000 und 2004 (in %)**



* Teilweise 1. Schuljahr

** Ohne Neuzugänge mit sonstigen Abschlüssen

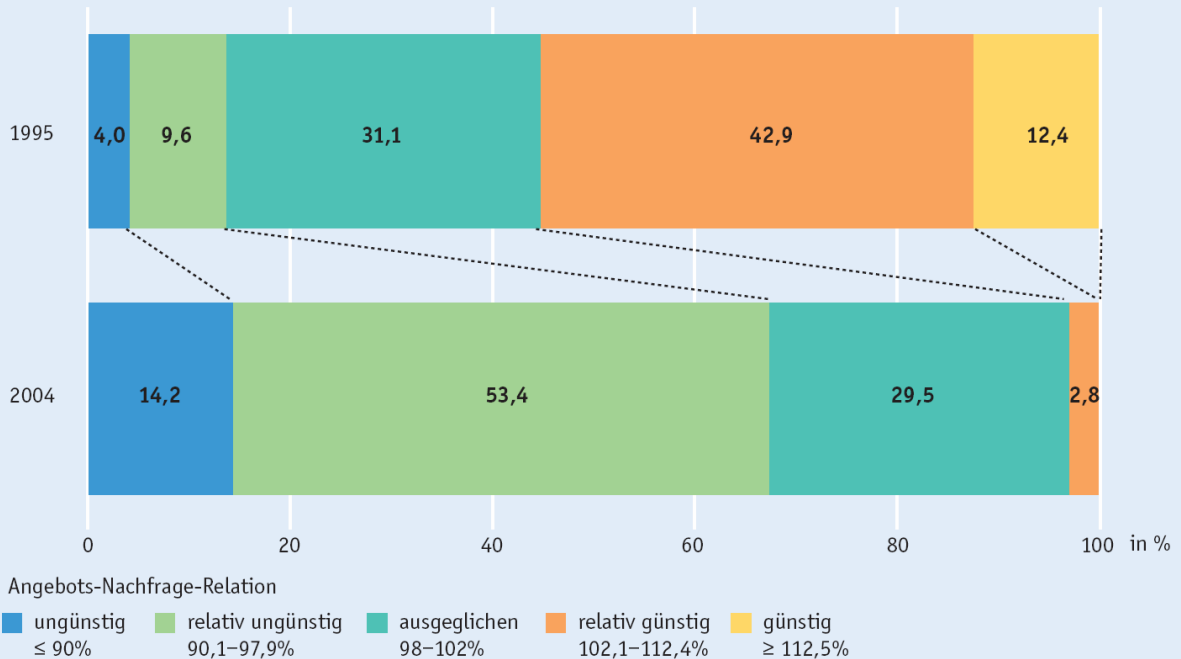
*** Ohne Schulen des Gesundheitswesens in Hessen

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen und Schätzungen auf Basis der Schulstatistik; Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen.

Regionale Disparitäten beim Angebot an dualen Ausbildungsplätzen

Das seit Jahren bestehende bundesweite Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen verteilt sich regional sehr unterschiedlich. In den letzten zehn Jahren haben sich die Zonen regionaler Unterversorgung mit betrieblichen Ausbildungsplätzen stark ausgeweitet: Wiesen 1995 noch 55 % der 177 Arbeitsagenturbezirke eine „günstige“ bzw. „eher günstige“ Angebots-Nachfrage-Relation (ANR) auf, so sinkt dieser Anteil im Jahr 2004 auf 3 %. Umgekehrt steigt der Anteil der Bezirke mit einer „ungünstigen“ bzw. „relativ ungünstigen“ ANR im gleichen Zeitraum von 14 % auf 67 %. Diese Entwicklung kann für zunehmend mehr Jugendliche die freie Berufswahl einschränken und für die betroffenen Regionen mittelfristig zu Engpässen bei Fachkräften führen.

Abb. E2-2: Ausbildungsstellensituation in Arbeitsagenturbezirken gemessen an der Angebots-Nachfrage-Relation 1995 und 2004 (in %)



Quelle: Nach Berufsbildungsbericht 1996 und 2005, eigene Berechnungen

Stabile Ausbildungs- und Ausbildungsbetriebsquote – aber Rückgang des Ausbildungsplatzangebots

Dass trotz einer stabilen Ausbildungsquote (Anteil Auszubildender je 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte) und Ausbildungsbetriebsquote (Anteil ausbildender Betriebe an 100 Betrieben z.B. einer Branche) das Ausbildungsplatzangebot zurückgeht heißt, dass der Ausbildungsplatzrückgang strukturellen Bewegungen des Abbaus von Arbeitsplätzen und von Betrieben folgt. Er scheint weniger von der jeweiligen betrieblichen Ausbildungsbereitschaft abzuhängen.

Große Differenzen nach Berufsbereichen bei Auflösung von Ausbildungsverträgen

Die mit der Auflösung von Ausbildungsverhältnissen verbundenen Unsicherheiten und Effizienzeinbußen für Auszubildende und Betriebe verteilen sich sehr ungleich zwischen den Berufsbereichen. Die höchsten Auflösungsquoten weisen die Berufe des Gast- und Beherbergungsgewerbes, die niedrigsten die industriell-gewerblichen und einzelne kaufmännische Berufe auf.

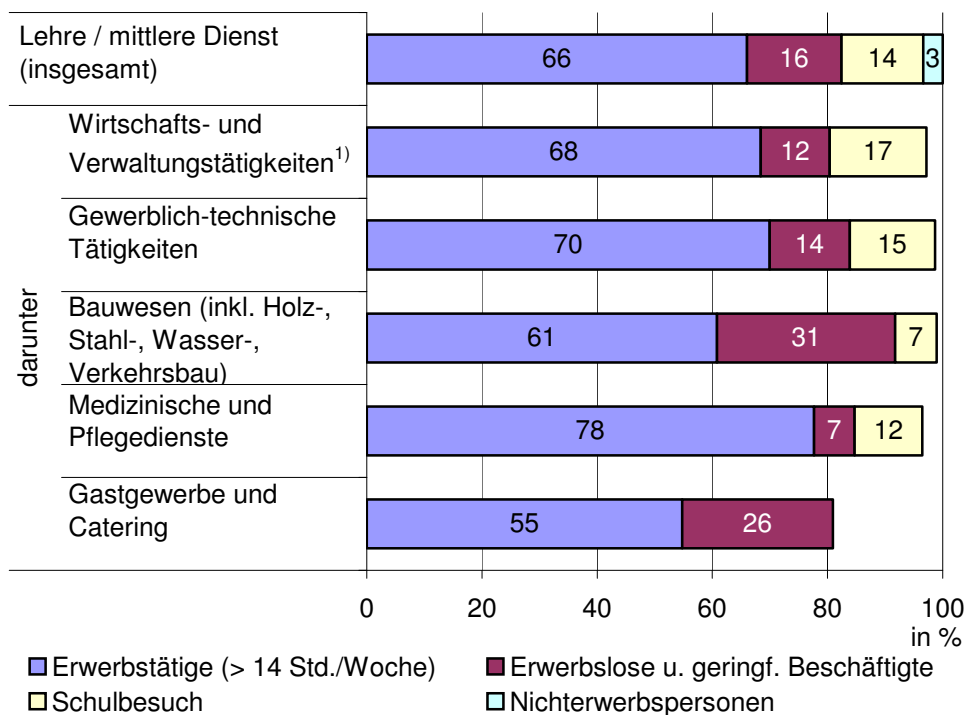
Steigende Schwierigkeiten beim Übergang in Beschäftigung

Die direkte Übernahme der Ausbildungsabsolventen durch die Betriebe in ein Beschäftigungsverhältnis gilt als eine der Hauptstärken der dualen Ausbildung. Die Übernahmepraxis der Betriebe ist in den letzten Jahrzehnten allerdings aufgeweicht.

Allein zwischen 2000 und 2004 sank die Übernahmequote insgesamt um fünf Prozentpunkte. Bei den kleinsten (ein bis neun Beschäftigte) und den größten Betrieben (über 500 Beschäftigte) ist der Rückgang mit über zehn Prozentpunkten am stärksten.

Die Übergangsschwierigkeiten drücken sich in unterschiedlich hohen Erwerbstätigen- und Erwerbslosenquoten aus, die nach Ausbildungsfachrichtungen erheblich variieren. Für Ausbildungsabsolventen der drei Vorjahre liegt 2004 etwa die Quote der Erwerbstätigen bei den medizinischen und Pflegedienstberufen bei 78 % und bei den gewerblichen Berufen bei 70 %, während sie im Gastgewerbe nur bei 55 % und im Bauwesen bei 61 % liegen. Gleichzeitig weisen die beiden letzteren Bereiche mit 26 % bzw. 31 % die höchsten Erwerbslosigkeitsquoten auf.

Abbildung zu Tab. E5-1: Erwerbsstatus von Ausbildungsabsolventen der Jahre 2001 bis 2003 im Berichtsjahr 2004*



1) Inklusive Finanz- und Rechnungswesen.

* Abweichungen von 100% ergeben sich durch zu geringe Besetzungszahlen für Nichterwerbspersonen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnis des Mikrozensus 2004, eigene Berechnungen.

Kapitel F: Hochschule

Hochschulsystem im Umbruch

Die deutschen Hochschulen befinden sich zurzeit in einem Prozess des tiefgreifenden Wandels. Die Studienreform nach dem Bologna-Prozess, die fortschreitende Differenzierung innerhalb des Hochschulsystems (Exzellenzinitiative) sowie die Einführung neuer, auf Autonomie und Selbststeuerung zielender Management- und Steuerungsverfahren werden die Hochschulen stark verändern. Der Bildungsbericht nimmt wesentliche Rahmenbedingungen in den Blick, unter denen diese Reformen erfolgen werden. Im Vordergrund stehen quantitative Trends.

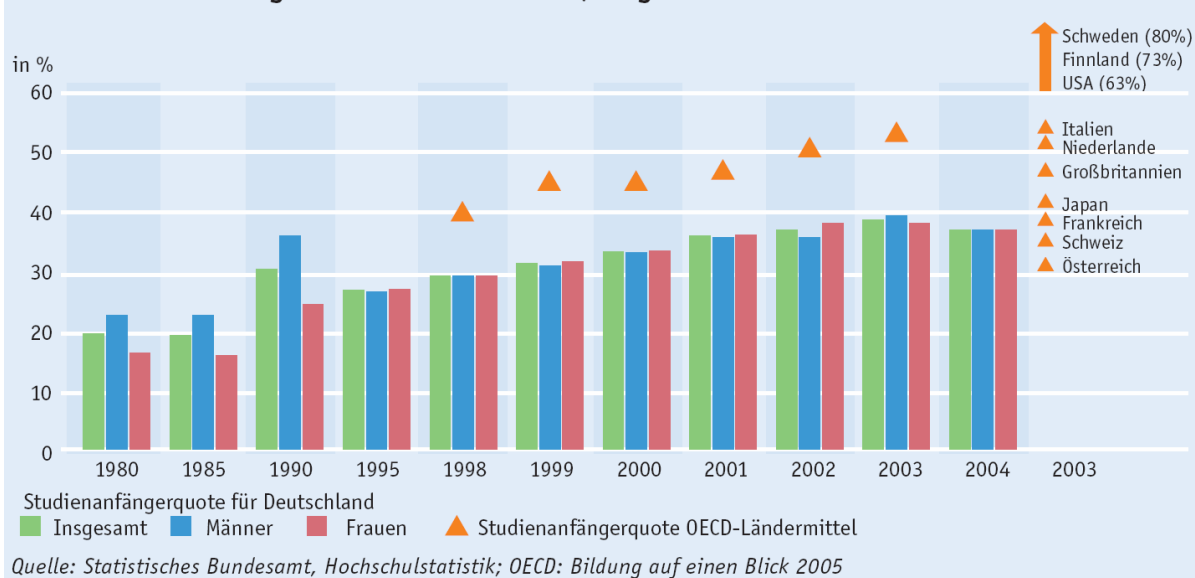
Entwicklung der Nachfrage nach Hochschulbildung

Die Studiennachfrage ist in den letzten Jahren massiv angewachsen. International liegt sie jedoch immer noch unter dem OECD-Durchschnitt (Abb. F2-1). Zwischen 1995 und 2005 stieg die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger um etwa 100.000 auf fast 360.000. Auch wenn sie derzeit stagniert: Mit weiter steigenden Studienanfängerzahlen ist zu rechnen, auch aufgrund der verkürzten Gymnasialzeit in mehreren Ländern.

Wachsende Beteiligung der Frauen

Vor allem die wachsende Beteiligung junger Frauen an der Hochschulbildung (Abb. F2-1) hat zu der hohen Studiennachfrage beigetragen. Allerdings profitieren nicht alle Fächer gleichermaßen vom Studieninteresse der Frauen. Vor allem die Ingenieurwissenschaften, Physik und Informatik verschenken hier wichtige Potenziale.

Abb. F2-1: Studienanfängerquote 1980 bis 2004, für 2003 im Vergleich mit ausgewählten OECD-Staaten, insgesamt und nach Geschlecht



Internationalisierung schreitet voran

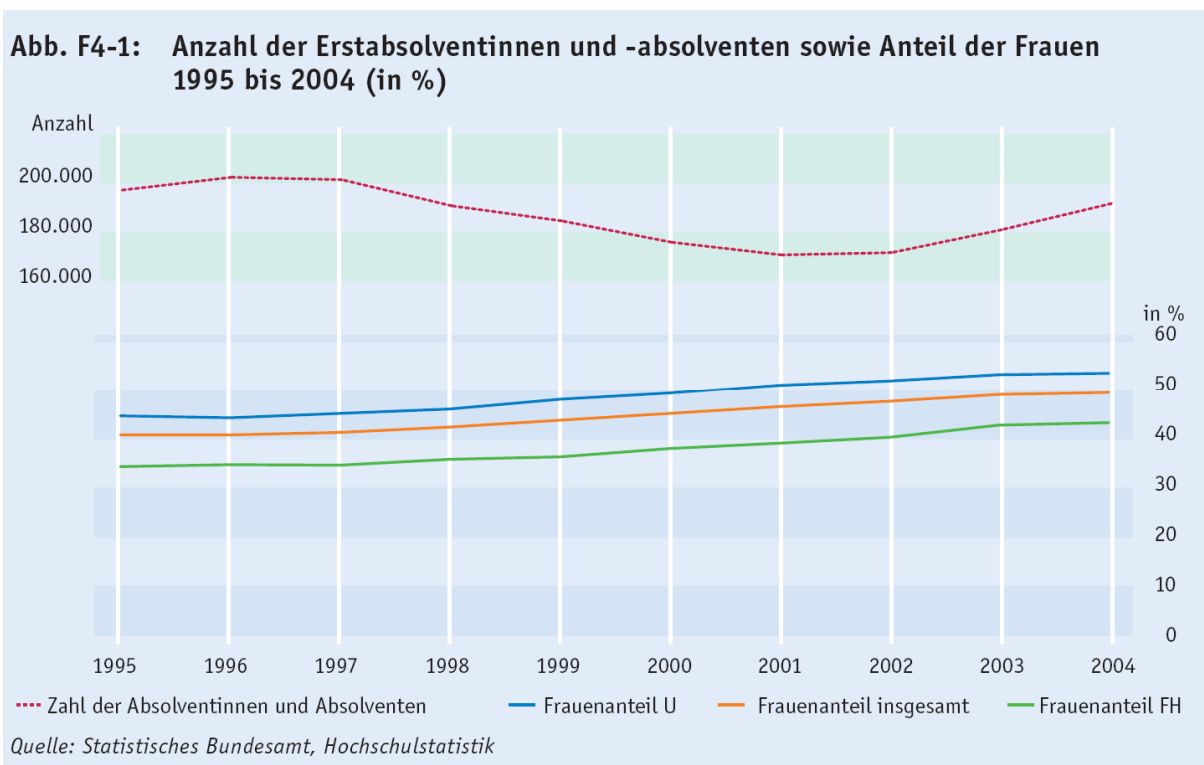
Die Internationalisierung der Hochschulen schreitet voran. 2004 stammte jeder sechste Studienanfänger aus dem Ausland.

Schwachstelle Studienverlauf

Der Studienerfolg ist, gemessen an der relativ langen Studiendauer und den hohen Abbruchquoten, bislang eine Schwachstelle des Hochschulsystems. Die Indikatoren zeigen jedoch erste Anzeichen für eine Verbesserung. So sank die Abbruchquote an den Fachhochschulen von 2002 bis 2004 von 22 auf 17%.

Zahl der Hochschulabsolventen steigt

Nachdem die Zahl der Hochschulabsolventen zum Ende der 1990er Jahre stark sank, steigt sie seit 2001 wieder an. Vor allem die zunehmende Zahl der Hochschulabsolventinnen, die inzwischen über 50 % ausmachen, hat zu dieser positiven Entwicklung beigetragen (Abb. F4-1). Den Hochschulabsolventinnen und -absolventen gelingt, bei einigen fachspezifischen Unterschieden, ganz überwiegend ein rascher und erfolgreicher Übergang in das Berufsleben.



Feminisierung des akademischen Arbeitskräftepotenzials als zukünftige Herausforderung

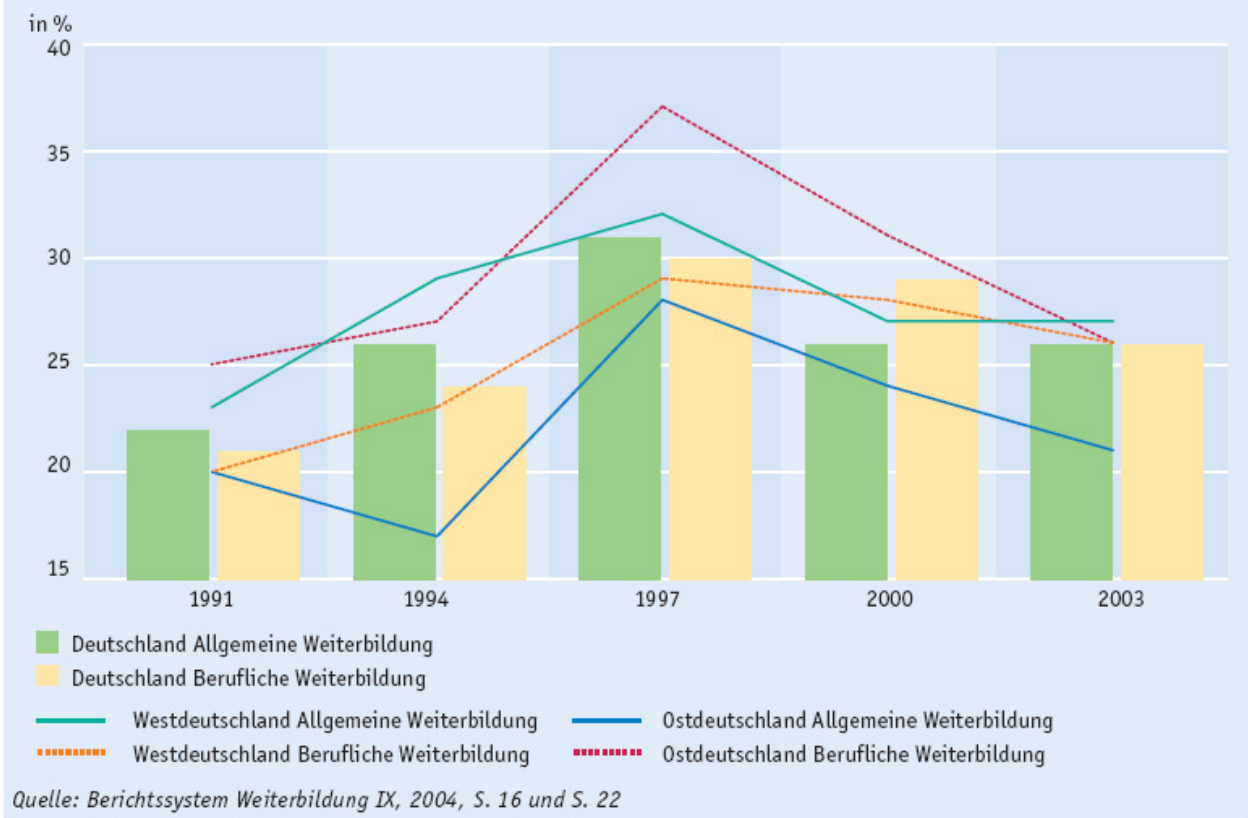
Eine generelle Tendenz wird bei den vier präsentierten Indikatoren zum Hochschulbereich deutlich: Der Anteil der Studienanfängerinnen und Absolventinnen steigt an, Frauen sind nicht nur in der Schule, sondern auch in der Hochschule häufig erfolgreicher als Männer. Arbeitsmarkt und Beschäftigungssystem in Deutschland müssen sich deshalb darauf einstellen, dass in Zukunft junge Frauen den größten Teil des akademischen Arbeitskräftepotenzials stellen werden. Die Familienpolitik und insbesondere die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit bzw. Studium und Familientätigkeit werden damit zu einem Schlüssel für die zukünftige Versorgung mit hochqualifizierten Arbeitskräften.

Kapitel G: Weiterbildung und Lernen im Erwachsenenalter

Abnehmende Weiterbildungsbeteiligung – kaum Veränderungen in der Teilnehmerstruktur

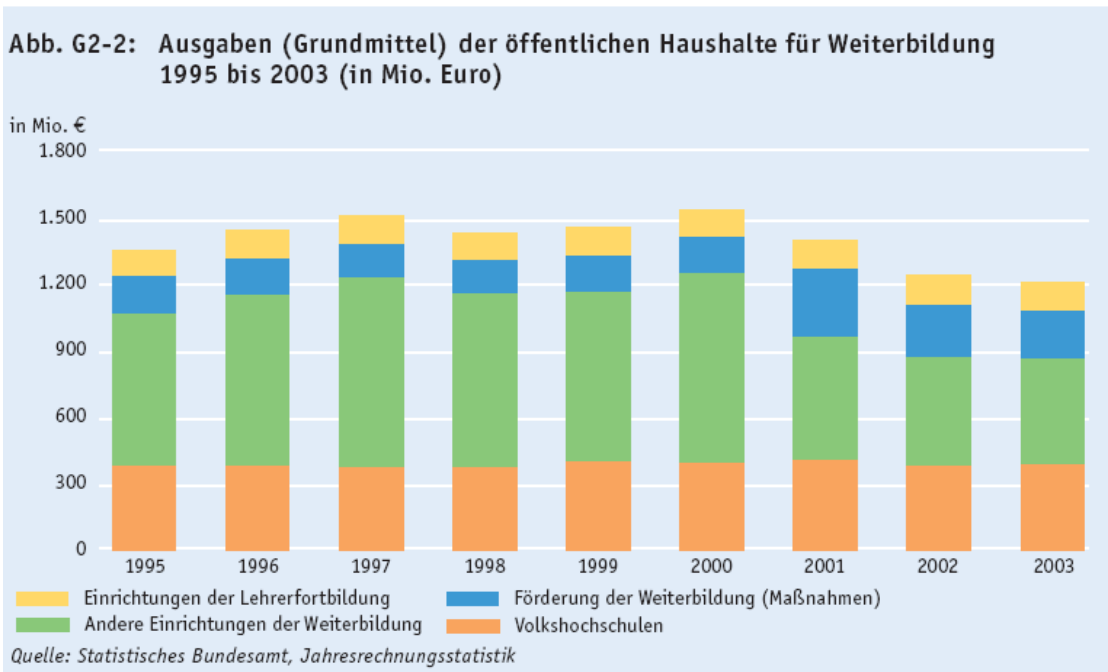
Im Gegensatz zu der ungebrochenen öffentlichen Rhetorik über die Wichtigkeit lebenslangen Lernens steht die Tatsache, dass die Teilnahme an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung seit 1997 rückläufig ist, und zwar bei allen Qualifikationsgruppen. An dem deutlichen Gefälle in den Weiterbildungsaktivitäten zwischen den Gruppen mit niedrigen und hohen Bildungsabschlüssen hat sich seitdem so gut wie nichts geändert. Personen mit Hochschulabschluss nehmen 2003 z.B. mehr als fünf Mal so viel an beruflicher Weiterbildung teil wie solche ohne berufliche Ausbildung (39 zu 7 %) und immer noch über doppelt so viel wie Personen mit Lehr- oder Berufsfachschulabschluss (39 zu 18 %).

Abb. G1-1: Teilnahme an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung 1991 bis 2003 (in %)



Reduzierung des Finanzvolumens für Weiterbildung

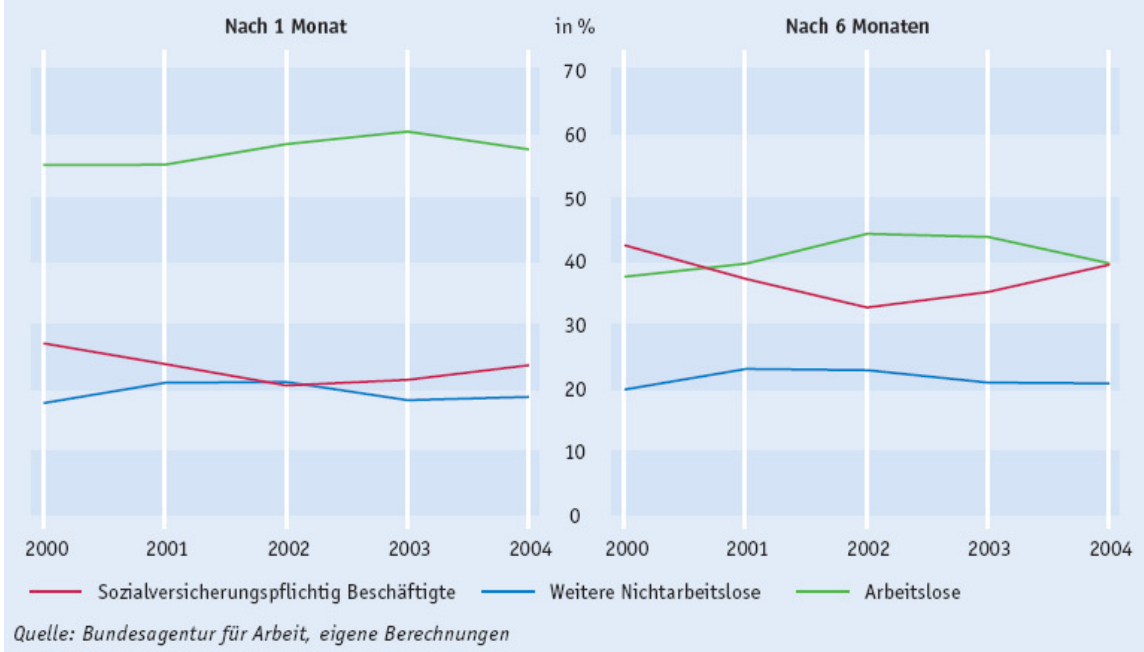
Die Ausgaben der wichtigsten öffentlichen Finanzierungsinstitutionen für allgemeine und berufliche Weiterbildung sind in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Die Bundesagentur für Arbeit halbiert zwischen 2001 und 2004 ihr Finanzvolumen für berufliche Weiterbildung von ca. 7 Mrd. auf 3,6 Mrd. Euro. Auch Bund, Länder und Gemeinden haben ihre Weiterbildungsausgaben seit 2000 um 21,5 % (332 Mio. Euro) reduziert, so dass sie unter das Niveau von 1995 gefallen sind.



Begrenzte positive Arbeitsmarkteffekte beruflicher Weiterbildung der BA

Trotz Konzentration der Mittel, trotz Reformen in den Steuerungsinstrumenten für die Förderung beruflicher Weiterbildung und Rückgang der Eintritte in diese Maßnahmen um 65 % seit 2000 bleiben die Arbeitsmarkteffekte der BA-geförderten Weiterbildung begrenzt. Zwischen 2000 und 2004 gelingt es nicht, die Beschäftigtenquote sechs Monate nach Ende der Maßnahme zu erhöhen und die Arbeitslosigkeitsquote zu senken. Beide Quoten liegen 2004 jeweils bei 40 % und sind damit nicht günstiger als 2000. Besonders problematisch erscheint der Sachverhalt, dass sowohl hohe regionale Disparitäten als auch Nachteile älterer (über 45 Jahre) gegenüber jüngeren Arbeitnehmern (unter 30) bestehen bleiben.

Abb. G4-2: Verbleib von Teilnehmern an Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung 2000 bis 2004 (in %)

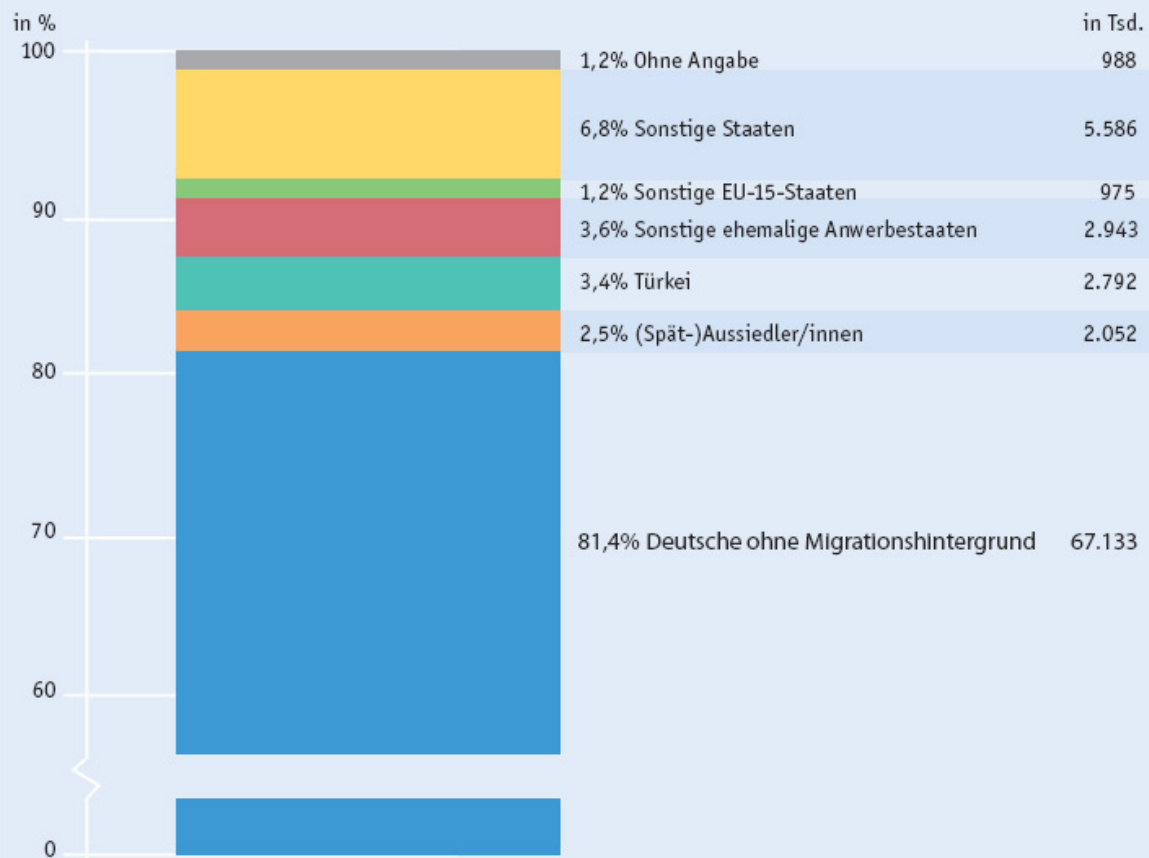


Kapitel H: Migration

Erstmalige Darstellung des tatsächlichen Umfangs und der Differenzierung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Dank der neuen Erhebungsmethode des Mikrozensus 2005, der über die Staatsangehörigkeit hinaus weitere Merkmale der Zuwanderung und des Migrationsstatus erfasst, kann zum ersten Mal der tatsächliche Umfang und die Differenzierung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dargestellt werden. Danach beträgt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung nahezu ein Fünftel (18,6 %) und ist damit doppelt so hoch wie der bisher in der amtlichen Statistik ausgewiesene Ausländeranteil. Zwischen den Altersgruppen variieren die Anteile erheblich, mit den höchsten Anteilen bei den jüngsten Altersgruppen (unter 6: 32,5 %). Von den 15,3 Mill. Personen mit Migrationshintergrund sind 7,3 Mill. Ausländer, 8 Mill. deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund.

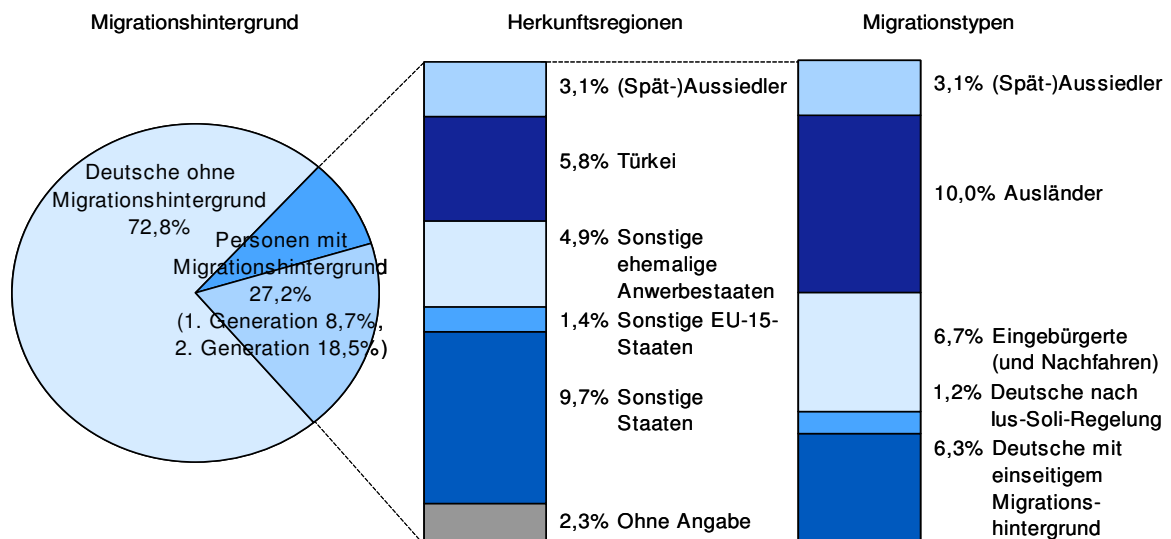
Abb. H2-1: Bevölkerung 2005 nach Migrationshintergrund und Herkunftsregionen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2005 (vorläufige Ergebnisse)

Von besonderem bildungspolitischen Interesse ist die Altersgruppe der unter 25-Jährigen. Sie umfasst etwa 6 Mill. bzw. 27,2 % der gleichaltrigen Bevölkerung. Die Herausforderung für die Integration dieser Gruppe ins Bildungssystem stellt ihre große Heterogenität nach Status und Zeitpunkt der Zuwanderung sowie nach ethnischer Zugehörigkeit dar.

Abb. H2-2 (erweitert): Bevölkerung im Alter von unter 25 Jahren nach Migrationshintergrund, Migrationstypen und Herkunftsregion 2005



Die Staatsangehörigkeit bezieht sich bei Ausländern und (Spät-)Aussiedlern auf die derzeitige Staatsangehörigkeit. Bei Eingebürgerten und Deutschen der 2. Generation mit Migrationshintergrund auf die eigene frühere Staatsangehörigkeit oder die der Eltern. Ohne Tunesien und Mazedonien.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2005 (vorläufige Ergebnisse).

Merkmale der Bildungsbeteiligung und –verläufe

Im Vorschulalter (ab vier Jahren) kommt es – mit geringfügigen Differenzen – zu einer Angleichung der Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen auf hohem Niveau (D: 89 %; Ausländer: 84 %).

Beim Übergang in die Grundschule wachsen die Differenzen

Vorzeitige Einschulungen von ausländischen Kindern sind 2004 etwa halb so hoch, verspätete Einschulungen doppelt so hoch wie bei den Schülern insgesamt.

Deutliche Ungleichverteilung von Schülern mit und ohne Migrationshintergrund auf die unterschiedlichen Schularten. Zudem haben Schüler mit Migrationshintergrund größere Schwierigkeiten, auf höhere Schularten zu gelangen und sich dort zu halten.

Bei gleichen Leistungen erhalten Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in der Grundschule etwas schlechtere Noten, was auch die Chancen des Übergangs auf höhere Schulen beeinflusst. In der Sekundarstufe läßt sich keine Benachteiligung bei der Leistungsbewertung feststellen.

Tab. H3-1: Migrantanteil 2000 in den Schularten der Jahrgangsstufe 9 nach Herkunftsregionen (in %)

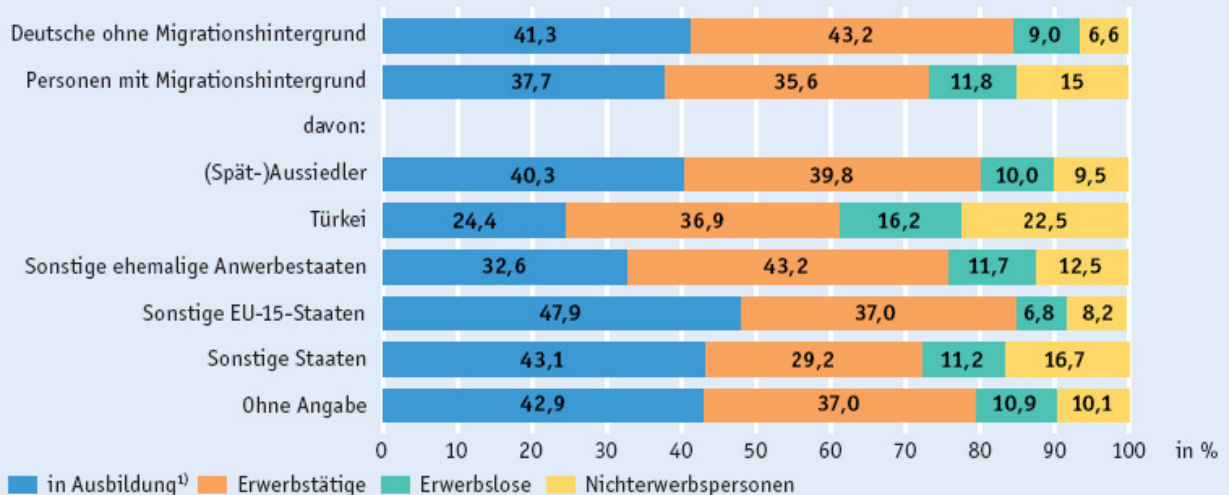
Migrationshintergrund/ Herkunftsgruppe	15-Jährige nach Bildungsgang			
	HS	RS	IGS	GY
	in %			
Ohne Migrationshintergrund	16,6	38,6	11,6	33,2
Mit Migrationshintergrund insgesamt	31,8	29,7	14,0	24,6
davon:				
Türkei	48,3	22,1	17,0	12,5
Sonstige ehemalige Anwerbestaaten	30,0	31,4	13,6	25,1
(Spät-)Aussiedler (ehem. Sowjetunion)	38,4	33,6	9,8	18,2
Sonstige Staaten	20,5	29,3	15,5	34,6

Quelle: PISA E 2000, eigene Berechnungen

Besonders kritisch stellt sich der Übergang in die Berufsausbildung und ins Erwerbsleben dar.

- Ausländeranteil an Auszubildenden in Westdeutschland fällt von 9,8 % 1994 auf 5,6 % 2004.
- Nach repräsentativen Untersuchungen ist die Chance, eine qualifizierte Ausbildung zu erreichen, für deutsche Jugendliche ohne Migrationshintergrund doppelt so hoch wie für ausländische Jugendliche – selbst bei gleichen Fachleistungen. (Ohne Kontrolle der Fachleistung ist sie sogar fünf Mal so hoch.)
- Unter der Gesamtheit der Studienberechtigten sind die Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch die schulischen Selektionsmechanismen stark unterrepräsentiert.
- Junge Erwachsene (20 bis unter 26-Jährige) mit Migrationshintergrund weisen sowohl niedrigere Ausbildungs- als auch Erwerbstätigkeitsquoten auf. Allerdings sind hier die Unterschiede zwischen den Migrantengruppen nach Herkunft größer als die zwischen der Gesamtheit der Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Hier wirken offensichtlich jenseits von Bildungsabschlüssen kulturelle Traditionen der Herkunftsländer nach.

Abb. H3-9: Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 26 Jahren 2005 nach Migrationshintergrund, Herkunftsregionen* und Ausbildungs-/Erwerbsstatus



* Derzeitige oder frühere 1. Staatsangehörigkeit der Befragten oder der Eltern.

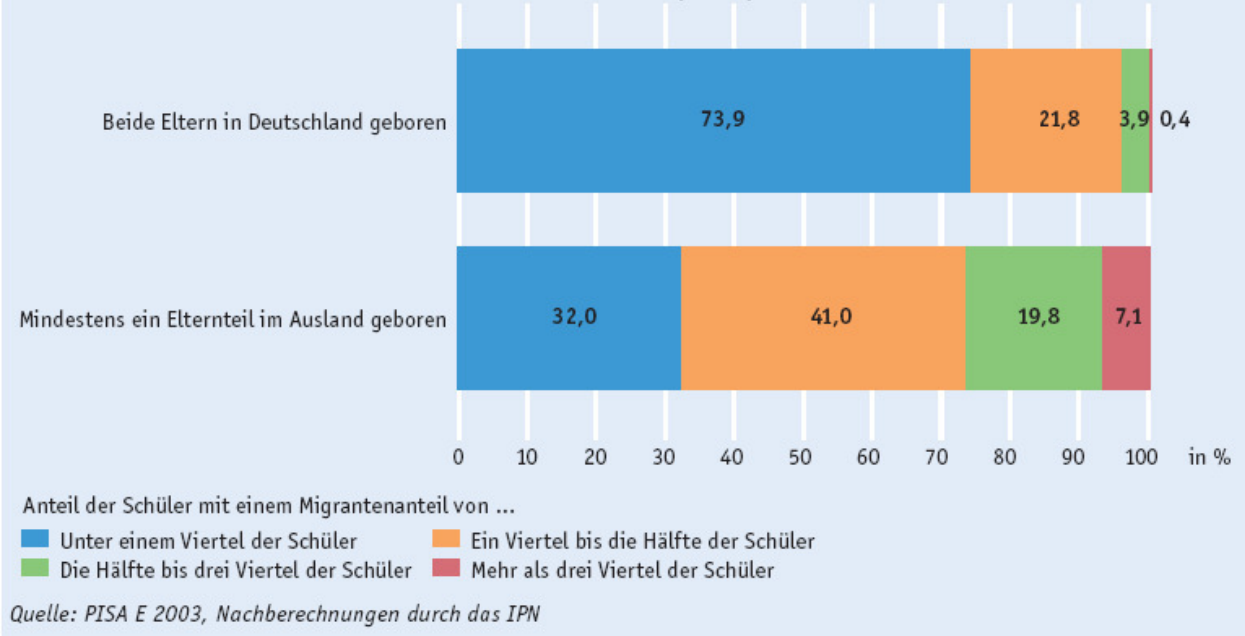
1) Einschließlich zugleich erwerbstätiger Personen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2005 (vorläufige Ergebnisse)

Schulische Segregation in der Sekundarstufe I

Die Zusammensetzung von Lerngruppen nach sozialstrukturellen Merkmalen hat, wenn sie dauerhaft ist (Segregation), Einfluss auf das Lernverhalten und die Lernleistungen. PISA 2000 zeigt, dass vor allem ein beachtlicher Teil der Hauptschulen in Deutschland – bundesweit etwa jede fünfte Hauptschule – in sehr problematischen Lernkontexten arbeitet, die durch einen sehr hohen Migrantenanteil in Verbindung mit niedrigem sozialen Status der Schüler, häufigen Lernschwierigkeiten und Verhaltensproblemen gekennzeichnet sind. Die Leseleistung an solchen Schulen ist niedriger als allein aufgrund der individuellen Ausgangslage der Schüler und Schülerinnen zu erwarten wäre. Hoher Migrantenanteil bedeutet auch verstärkte soziale Abschottung. Das Ausmaß der Segregation in der Sek. I ist beträchtlich: Jeder vierte Jugendliche mit Migrationshintergrund besucht eine Schule, in der Migranten die Mehrheit stellen.

Abb. H4-2: Migrantenanteil in der besuchten Schule für Schüler der 9. Jahrgangsstufe mit und ohne Migrationshintergrund (in %)



Deutlicher Ausbau der Fördermaßnahmen

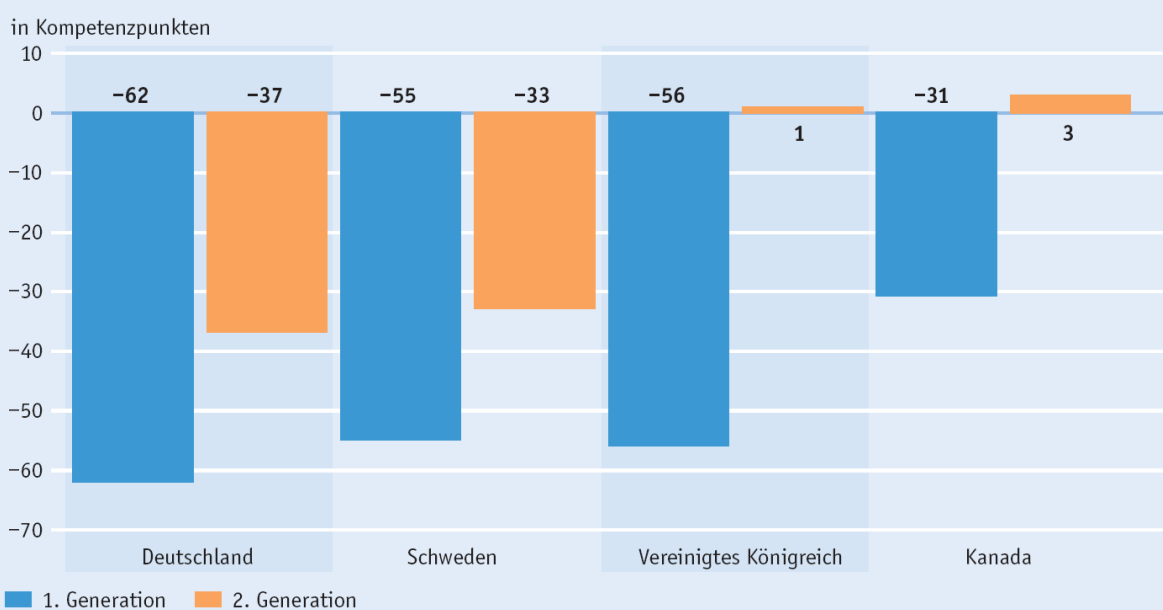
Bund und Länder haben vielfältige Anstrengungen zur Integrationsförderung unternommen: von sprachlicher Frühförderung in Kindertagesstätten, Ausbau der Sprachstandsdiagnostik, Einrichtung von Förderkursen für Deutsche und von außerunterrichtlichen Integrationsmaßnahmen insbesondere an Schulen mit hohen Migrantenanteilen. Förderangebote an Ganztagschulen nehmen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund überproportional in Anspruch.

Gerade die Schulen mit sehr hohem Migrantenanteil bieten durchweg ein breites Spektrum an Unterstützungsleistungen an: von Unterricht in Deutsch als Fremdsprache über muttersprachlichen Unterricht über außerunterrichtliche Maßnahmen bis zu verstärkten Beratungsmöglichkeiten für Eltern.

Als Problem zeigt sich, dass es zu wenig Wissen über die Wirkungsweise von Fördermaßnahmen gibt. Eine systematische Förderung der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit und des Wortschatzes im Deutschen – bis in die Sekundarstufe hinein – scheint sich auszuzahlen; in Deutschland liegen derzeit jedoch kaum Erkenntnisse über die Effekte spezifischer Interventionen vor.

Im internationalen Vergleich wird deutlich, dass Deutschland unter den europäischen Staaten mit Arbeitsmigration dasjenige Land ist, dessen Zuwanderer sich hinsichtlich Bildungshintergrund und sozialem Status am meisten von der übrigen Bevölkerung unterscheiden. Zugleich wird deutlich, dass beispielsweise im Grundschulbereich die Leseleistungen von Kindern der ersten Generation sehr schwach sind und die Differenz zu den Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund größer als in anderen Staaten ist.

Abb. H5-1: Abweichungen der mittleren Lesekompetenz (IGLU 2001) von Migranten der 1. und 2. Generation gegenüber Nicht-Migranten in ausgewählten Staaten (in Kompetenzpunkten)



Quelle: Schnepf, S. V. (2004): *How different are immigrants?* Bonn, S. 14

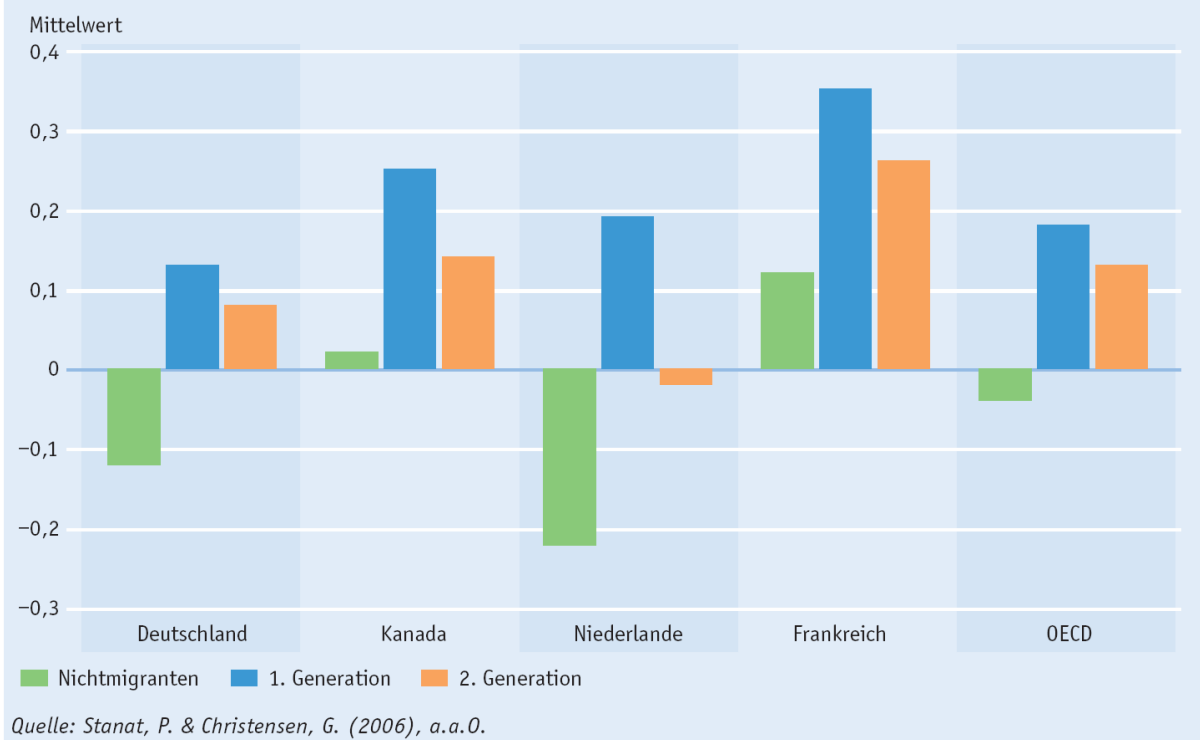
Anderen Staaten scheint – wie PISA 2003 für den Sekundarbereich zeigt – die schulische Integration besser zu gelingen. In Staaten wie Australien, Kanada und Neuseeland liegen

Migranten der ersten und zweiten Generation auf etwa der gleichen Leistungsstufe wie Nichtmigranten. In Deutschland liegt die Leseleistung von Migranten im internationalen Vergleich sehr niedrig: 42 % der ersten und 44 % der zweiten Generation gehören hier zur Risikogruppe der niedrigsten Kompetenzstufe, in anderen Staaten etwa 25 %; von den deutschen Schülerinnen und Schülern ohne Migrationshintergrund gehören 14 % zu dieser Risikogruppe.

Der Bericht verweist allerdings auch darauf, dass diese Problematik nicht allein den Bildungseinrichtungen zuzuschreiben ist. Gerade die angelsächsischen Einwanderungsländer verfolgen eine sehr gezielte Einwanderungs- und Integrationspolitik. Auf Seiten der Betroffenen selbst sind die Einreise nach Deutschland in jungem Alter, ein hoher Bildungsgrad der Eltern, die Sprachpraxis in der Familie (Verwendung des Deutschen) und eine hohe Bildungsmotivation wichtige Faktoren, welche die Sprachkompetenz im Deutschen und damit soziale Integration fördern.

Ein wichtiger „Aktivposten“ sind in diesem Zusammenhang die besonders hohe Lernmotivation und die vergleichsweise positive Einstellung zur Schule bei den Zugewanderten und ihren Kindern.

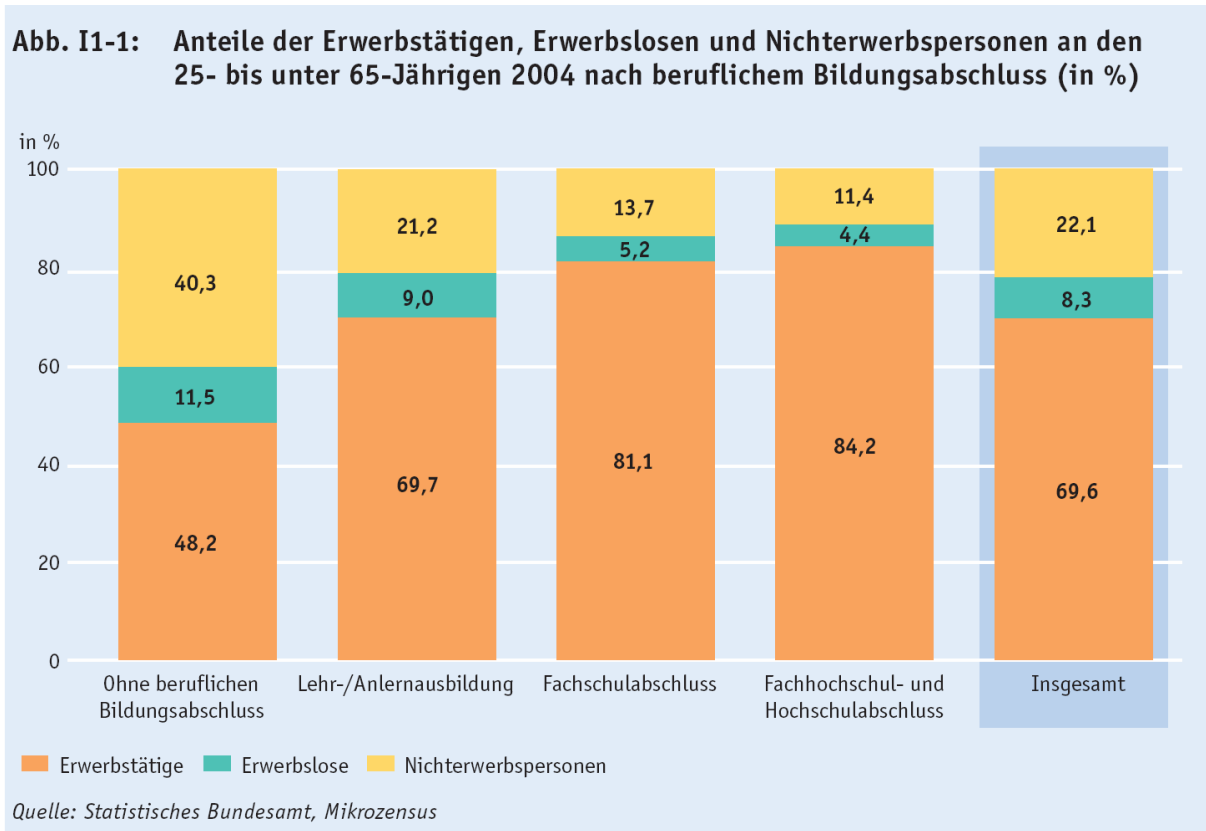
Abb. H5-3: Einstellungen zur Schule von Nichtmigranten, Migranten der 1. und der 2. Generation in ausgewählten Staaten (Mittelwerte eines Index der Einstellung zur Schule)



Kapitel I: Wirkungen und Erträge von Bildung

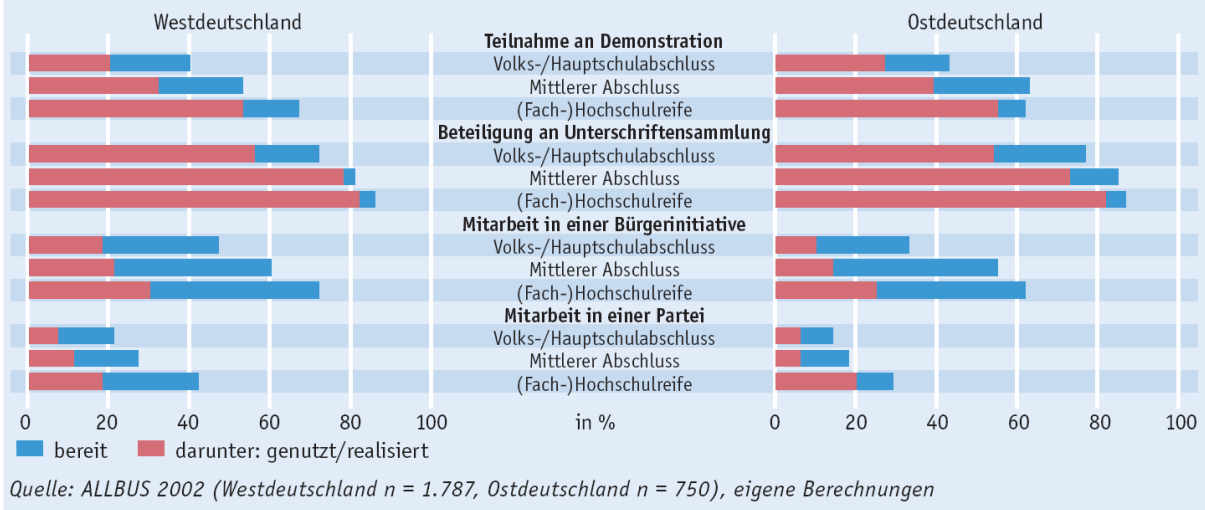
Individuelle und gesellschaftliche Erträge von Bildung

Die erreichte schulische und berufliche Bildung hat in vielen Lebensbereichen positive Wirkungen für die Individuen, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes. Mit höheren Bildungsabschlüssen steigen die individuellen Chancen auf eine dauerhafte und angemessene berufliche Tätigkeit (Abb. I1-1).



Auch außerberuflich lassen sich positive Wirkungen feststellen, etwa hinsichtlich der Gesundheit oder der Wahrnehmung der Möglichkeiten politischer Teilhabe (Abb. I2-2). Diesen individuellen Chancen entsprechen externe Erträge für Unternehmen, Institutionen und die Gesellschaft. Ergebnisse der neueren ökonomischen Forschung zeigen, dass Bildungsinvestitionen nicht nur positiv auf Wachstum und Innovationsfähigkeit wirken, sondern sich auch sozialpolitisch auszahlen.

Abb. I2-2: In Frage kommende und bereits genutzte Formen der politischen Einflussnahme in West- und Ostdeutschland 2002 nach schulischem Abschluss (in %)



Langfristige Erträge von Bildung

Die positiven Erträge von Bildung lassen sich allerdings nur dann realisieren, wenn es Möglichkeiten gibt, die im Bildungsverlauf erworbenen Kompetenzen tatsächlich auch zu nutzen. Von selbst stellen sich positive Bildungserträge nicht ein. Ein wesentliches Merkmal von Bildung ist die Langfristigkeit ihrer Wirkungen. Damit wird die Gesellschaft insgesamt langfristig von den Ergebnissen der Bildungsanstrengungen vergangener Zeiten geprägt.

Kumulation von Bildung als Chance

Welche Erträge oder Wirkungen Bildung langfristig im Lebensverlauf hat, hängt immer weniger allein vom ersten Schul- oder Ausbildungsabschluss ab, sondern zunehmend von der Wahrnehmung lebensbegleitender Bildungsangebote. Von dieser Öffnung des Bildungssystems profitieren aber nicht alle gleichermaßen. Mit derselben ausdifferenzierten Bildungslandschaft konfrontiert, polarisieren sich die Chancen zwischen erfolgreichen „Bildungskumulierern“ und weniger erfolgreichen, zum Teil scheiternden Ausbildungslosen. Individuen können ihr Leben auf einer soliden Grundbildung aufbauen und von den vielfältigen Chancen zur Kumulation weiterer Bildung profitieren. Umgekehrt tragen sie aber auch lebenslang die Folgen von Bildungsdefiziten und Bildungsarmut.